

2 Jahre GRÜNE in der Regierung

GRÜN WIRKT.

Hessen wird grüner und gerechter.



INHALT

Editorial.....	2
Landwirtschaft ohne Gift und Gentechnik.....	4
Wald wirksam geschützt	8
Ambitionierte Energiewende.....	12
Mehr Schutz für Tiere.....	16
Mehr Beratung für VerbraucherInnen.....	20
Mehr Chancengerechtigkeit für Hessens Schulen	24
In die Köpfe investiert	28
Kinderbetreuung besser gefördert.....	32
Kultur im Rampenlicht.....	36
Folgen des Flughafenausbaus gemildert.....	40
Weichen für die Verkehrswende gestellt.....	44
Kommunen Zukunftsperspektiven eröffnet.....	48
Fairer wirtschaften	52
Sozialbudget für ein gerechteres Hessen	56
Flüchtlinge Willkommen heißen.....	60
Aktiv für Akzeptanz und Vielfalt	64
Mehr bezahlbare Wohnungen	68
Gleiche Chancen für Frauen und Männer	72
Friedliche Demonstrationenkultur gestärkt.....	76
Transparentes Regieren.....	80
Nachhaltig haushalten.....	84
Die Fraktion kurz vorgestellt	88
Impressum.....	92



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,



vor 30 Jahren am 12. Dezember 1985 wurde Joschka Fischer als erster GRÜNER Minister weltweit vereidigt – natürlich in Hessen. Vor 20 Jahren 1995 wurde erstmals eine rot-grüne Landesregierung im Amt bestätigt und konnte insgesamt acht Jahre das Land gestalten – natürlich in Hessen. Und vor zwei Jahren kam es zur Bildung der ersten schwarz-grünen Koalition in einem Flächenland – natürlich in Hessen.

Hessen und GRÜN passen gut zusammen. Seit mehr als drei Jahrzehnten stehen Hessens GRÜNE dafür, unser Land ökologisch und sozial zu verändern, für Offenheit und Vielfalt einzutreten, die Bürgerrechte zu wahren und für eine generationengerechte Politik.

Die Zeiten und Koalitionspartner haben sich geändert, unser Engagement für ein GRÜNES Hessen ist geblieben. Wir wissen, dass wir die Erde nur von unseren Kindern geborgt haben. Wir müssen global denken, um lokal richtig zu handeln. Wir haben die großen Zusammenhänge im Blick, um bei uns in Hessen zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen. Deshalb sorgen wir dafür, dass die Energiewende an Fahrt gewinnt, um die Erderwärmung mit ihren katastrophalen Folgen zu bremsen. Deshalb setzen wir uns für mehr Klima-, Umwelt- und Naturschutz und eine ökologische Landwirtschaft ein. Deshalb bringen wir in der Verkehrspolitik eine nachhaltige Mobilität voran, statt allein auf immer neue



Straßen zu setzen. Deshalb sorgen wir mit dem Sozialbudget für mehr Chancengerechtigkeit für alle. Deshalb investieren wir in unsere Schulen und Hochschulen und damit in unsere Zukunft.

Seit Anfang 2014 gestalten wir Hessen wieder in Regierungsverantwortung mit. Nach zwei Jahren können wir sagen: GRÜN wirkt. Hessen wird grüner und gerechter. Mit unseren Regierungsgliedern Priska Hinz, Tarek Al-Wazir und Jo Dreiseitel sowie den Mitgliedern der Landtagsfraktion haben wir bereits viele Vorhaben umgesetzt oder auf den Weg gebracht.

Zentrale Beispiele für unser Handeln haben wir in dieser Broschüre zusammengetragen. Am Ende eines jeden Kapitels finden Sie einen Ausblick darauf, woran wir arbeiten – denn wir haben noch viel vor. Bei allen Herausforderungen sind unsere Werte Ökologie, Gerechtigkeit und Freiheit der Maßstab. GRÜN macht den Unterschied – das ist gerade als Regierungspartei unser Anspruch.

Ein Heft wie dieses kann nur einen Ausschnitt aus unserer Arbeit beleuchten. Sie finden auf unserer Website gruene-hessen.de weiterführende und stets aktualisierte Informationen. Außerdem haben wir die Kontaktdaten der zuständigen Abgeordneten zusammengestellt. Wenn Sie Fragen haben, sprechen Sie uns an; wir sind gespannt auf Ihre Anregungen, Ihre Kritik und Ihre Vorschläge.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Mathias Wagner

Fraktionsvorsitzender



Zurück
zum
Inhalt

LANDWIRTSCHAFT OHNE GIFT UND GENTECHNIK





Die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln aus der Region boomt – trotzdem müssen viele Bio-Produkte wie Eier, Obst und Fleisch importiert werden. Deshalb brauchen wir mehr Öko-Landbau-Betriebe im Land. Dann bleibt die Wertschöpfung in Hessen, und die Wege für Lebensmittel werden kürzer und klimaverträglicher – ganz abgesehen von den positiven Auswirkungen des Biolandbaus auf die Artenvielfalt. Die GRÜNE Umwelt- und Landwirtschaftsministerin Priska Hinz hat dazu den Ökoaktionsplan initiiert.

Ökoaktionsplan

Der Ökoaktionsplan setzt die Rahmenbedingungen für eine Neuausrichtung der Landwirtschaft. Zu den konkreten Schritten gehören eine verlässliche und bessere finanzielle Unterstützung des Öko-Landbaus – sowohl für Betriebe, die auf Öko umstellen, als auch für solche, die bereits so wirtschaften. Außerdem stärken wir die Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Grundlagenarbeit: Die ökologische Landwirtschaft wird in der Forschung, in der landwirtschaftlichen Beratung und bei der Ausbildung gestärkt. So hat auf Anregung von Ministerin Hinz die Agrarministerkonferenz der Bundesländer den Bund aufgefordert, das Lernfeld Ökologischer Landbau in die Ausbildung für Landwirte zu integrieren.

Bereits im ersten Jahr hat der Ökoaktionsplan Früchte getragen: 180 Betriebe haben auf Ökolandbau umgestellt. Insgesamt wirtschaften nun knapp zwölf Prozent aller Betriebe auf zwölf Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche biologisch – damit nimmt Hessen den Spitzenplatz beim Biolandbau in Deutschland ein, während der ökologische Landbau anderswo stagniert.



Hessen bleibt gentechnikfrei

Ein weiterer Erfolg GRÜNER Regierungsbeteiligung ist der Beitritt Hessens zum „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“. Die Mehrheit der Menschen will keine gentechnisch veränderten Lebensmittel auf ihren Tellern. Die Heilsversprechen der Agrogentechnik haben sich bis jetzt nicht bewahrheitet: Weder konnte der Einsatz von Pestiziden reduziert noch der Hunger auf der Welt reduziert werden. Mit der Mitgliedschaft im Netzwerk sendet Hessen ein wichtiges Signal auch an andere Regionen: Auf unseren Äckern hat Gentechnik nichts verloren.

Die Mehrheit
der Menschen will keine
gentechnisch
veränderten Lebensmittel
auf ihren Tellern.

Damit auch im Futter hessischer Tiere weniger Gensoja landet, hat die Landesregierung eine Initiative für gentechnikfreies Futter gestartet. Dabei geht es unter anderem darum, in Hessen heimische, gentechnikfreie

Eiweißfuttermittel wie Ackerbohnen anzubauen. Das kann die Abhängigkeit von Importen gentechnisch veränderten Futters aus Nord- und Südamerika verringern, bietet den Landwirtinnen und Landwirten eine zusätzliche Einkommensmöglichkeit und verbessert außerdem noch die Boden- und Wasserqualität.

Hessen ist aber keine Insel. Umso wichtiger ist es, dass jeder EU-Mitgliedstaat – auch Deutschland – den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen verbieten kann. Hessen hat hier klar Position bezogen und sich im Bundesrat für dieses Selbstbestim-





mungsrecht ausgesprochen – ein deutlicher Handlungsauftrag an die Bundesregierung, sich in den EU-Gremien für ein nationales Anbauverbot einzusetzen.

i IN ZAHLEN

+180



Bio-Bauernhöfe

+28,5%



Für ökologischen
Ackerbau

0



Gentechnik

Daran arbeiten wir: an einer artgerechten Nutztierhaltung

Damit nicht nur in der ökologischen, sondern auch in der konventionellen Landwirtschaft Tiere so artgerecht gehalten werden wie möglich, haben wir den Runden Tisch Tierwohl eingerichtet. Landwirte, Tierschützer, Veterinäre und weitere Experten besprechen, wie Nutztiere ohne Quälerei und gesund gehalten werden können. Konkrete Vorschläge erwarten wir etwa dazu, wie Bauern mit weniger Antibiotika auskommen. Wichtige Schritte gegen die Enthornung von Kälbern, das Töten männlicher Küken und die ganzjährige Anbindehaltung sind bereits eingeleitet.





Zurück
zum
Inhalt

WALD WIRKSAM GESCHÜTZT



Hessen ist fast zur Hälfte von Wald bedeckt und damit das waldreichste Bundesland. Wald ist für uns GRÜNE keine Holzplantage, sondern Lebensraum für Tiere und Pflanzen und Erholungsraum für Menschen. Er ist wichtig für Natur-, Landschafts- und Klimaschutz. In dicht besiedelten Regionen mit vielen Emissionen brauchen wir ihn besonders. Deshalb wollen wir pfleglich mit ihm umgehen, stellen den Staatswald auf die höchste zertifizierte ökologische Bewirtschaftung um und schützen besonders wichtige Wälder zusätzlich.

Schrittweise Zertifizierung des hessischen Staatswaldes nach FSC-Standard

Das Land ist der größte Waldbesitzer in Hessen, ihm gehören rund 40 Prozent der Waldfläche. Daher ist es wichtig, dass die staatlichen Forstämter bei der nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder als gutes Beispiel vorangehen. Als erstes Forstamt hat das Forstamt Dieburg gute Erfahrung mit zertifizierter ökologischer Bewirtschaftung nach den Kriterien des Forest Stewardship Council (FSC) gemacht. Im April 2015 bekamen neun weitere Forstämter das FSC-Gütesiegel. Die anderen der insgesamt 41 Ämter sollen nach und nach folgen. Im FSC-Wald dürfen zum Beispiel keine künstlichen Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden, einheimische Bäume haben Vorrang und fünf Prozent der Fläche müssen aus der Bewirtschaftung genommen werden, um sich natürlich entwickeln zu können.

Schutzstatus des Bannwaldes gestärkt

Besonders erhaltenswerter Wald wird in Hessen als „Bannwald“ geschützt. Bisher ließ sich der Schutz aber aushebeln, wenn etwa Unternehmer „überwiegende Gründe des Gemeinwohls“ für einen



Eingriff geltend machen. Um das zu verhindern, haben wir das Gesetz geändert. In den Bannwald darf nur noch eingegriffen werden, wenn beispielsweise Menschenleben gefährdet sind oder wenn es um Vorhaben von überregionaler Bedeutung geht. Außerdem müssen die Öffentlichkeit, Kommunen, Waldbesitzer und Naturschutzverbände an der Entscheidung beteiligt werden.

.....

**So gut wurde Bannwald
in Hessen noch nie
geschützt. Wir leisten damit
einen wichtigen Beitrag zu
mehr Naturschutz.**

.....

Wenn ein Eingriff trotzdem un-
ausweichlich wird, gelten jetzt
viel strengere Regeln für den
Ausgleich. Schon bisher musste,
wenn Bannwald gerodet wird,
die gleiche Fläche andernorts
aufgeforstet werden. Nun muss
zusätzlich die gleiche Fläche bestehenden Waldes an anderer
Stelle als Bannwald neu ausgewiesen werden. Das heißt: Für
jeden Quadratmeter Bannwaldes, der seinen Schutz verliert, wird
andernorts Wald zusätzlich zu Bannwald, so dass dieser stets in
mindestens gleichem Umfang erhalten bleibt. Einen Bannwald-
schutz dieser Qualität gab es in Hessen noch nie.

Waldinventur und Waldzustand

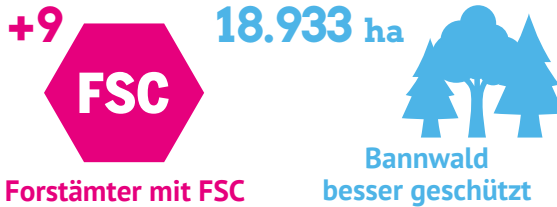
Die dritte Bundeswaldinventur hat gezeigt, dass der Zustand der
Wälder in Hessen sich verbessert. Seltene Baumarten sind wieder
häufiger, die Waldfläche ist sogar etwas gewachsen. Auch der
Waldzustandsbericht kommt zu überwiegend positiven Ergebnis-
sen. Allerdings gibt es Probleme bei älteren Buchen sowie mit zu
trockenen Böden in den südhessischen Wäldern. Deshalb ist es





besonders wichtig, die unter GRÜNER Regierungsbeteiligung begonnenen Schritte weiter zu gehen: Ausweisung weiterer naturbelassener Kernflächen, die FSC-Zertifizierung des Staatswaldes und die strengere Bannwaldregelung.

i IN ZAHLEN



Daran arbeiten wir: Mehr natürliche Waldentwicklung

Die Kriterien des Forest Stewardship Council (FSC) sehen vor, dass fünf Prozent der Waldfläche nicht bewirtschaftet werden, sondern der natürlichen Entwicklung überlassen werden. Das gleiche Ziel ist auch in einer nationalen Strategie für mehr Artenvielfalt vorgesehen, der sogenannten Biodiversitätsstrategie. Wir haben in Hessen beschlossen, das Fünf-Prozent-Ziel sogar noch zu übertreffen und wollen den Anteil der nicht bewirtschafteter Flächen des Staatswaldes auf acht Prozent erhöhen. Das ist gut für Wildtiere und Pflanzen.





Zurück
zum
Inhalt

AMBITIONIERTE ENERGIEWENDE





Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung unseres Landes bis 2019 verdoppeln.

Mit dem Abschied von der Atomkraft ist ein langjähriges GRÜNES Ziel für Hessen bereits erreicht: Biblis ist abgeschaltet. Nun müssen wir die Abhängigkeit vom Kohlestrom Schritt für Schritt verringern. Das schaffen wir mit dem konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energieträger und durch mehr Energieeffizienz.

Ausbau der Erneuerbaren schreitet voran

Seit wir GRÜNE in Hessen mitregieren, wurden 110 neue Windräder errichtet. Die installierte Leistung wuchs damit um rund ein Drittel. Damit können ungefähr 150.000 Haushalte zusätzlich mit sauberem Strom versorgt werden. Weitere rund 470 Anlagen sind derzeit im Genehmigungsverfahren. Wenn diese alle in Betrieb sind, wird sich die Gesamtleistung mehr als verdoppelt haben. Neben den Windenergieanlagen wollen wir auch den Ausbau der Stromerzeugung aus Sonnenenergie beschleunigen. Dafür fördern wir beispielsweise Pilotprojekte für Photovoltaik-Anlagen bei Mietshäusern.

Die meisten Menschen wollen die Energiewende

Laut einer neuen Umfrage finden 82 Prozent der Menschen in Hessen es richtig, bis 2050 komplett auf saubere Energie umzusteigen. 71 Prozent finden es zumutbar, dass in ihrer Nachbarschaft Windkraftanlagen errichtet werden – und wenn es dort schon Windräder gibt, liegt die Akzeptanz sogar noch höher: 75 Prozent sind dann mit weiteren Anlagen einverstanden. Die Akzeptanz ist also deutlich größer, als die mediale Aufmerksam-



keit für Windkraftgegner vermuten lässt. Mit dem Bürgerforum Energieland Hessen helfen wir über Moderation und Mediation, Konflikte vor Ort zu lösen und sachlich über die Chancen und Risiken der Windkraft zu informieren.

Energie-Agenda 2015: Impulse für mehr Energieeffizienz

Energie, die nicht gebraucht wird, muss erst gar nicht produziert werden. Deshalb fördern wir die Energieeffizienz, zum Beispiel mit einer Beratungsoffensive für kleine und mittlere Unternehmen und Netzwerken für mehr Energieeffizienz. Bauherren, die Mietwohnungen energetisch sanieren oder neue Mietshäuser mit hohem Energiestandard bauen, bekommen Förderung. Bis 2019 stehen 12,5 Millionen Euro dafür zur Verfügung. Der Einsatz von

Energie, die nicht gebraucht wird, muss erst gar nicht produziert werden. Deshalb fördern wir Energieeffizienz mit einer Beratungsoffensive.

LED-Technik in Straßenlaternen spart viel Strom. Wir wollen bis zu 50.000 konventionelle Leuchten durch LEDs ersetzen; damit kann der Stromverbrauch in unseren Kommunen mehr als halbiert werden kann.

Einsatz auf Bundesebene

Wichtige energiepolitische Weichen werden in Berlin gestellt. Dort regieren die GRÜNEN leider nicht mit. Hessens Energieminister Tarek Al-Wazir konnte dennoch eine drastische Kürzung der Vergütung für mittelstarke Windstandorte verhindern, die Projekte in Hessen blockiert hätte. Ein Erfolg ist auch, dass kleine





Solaranlagen weiterhin von der Ökostrom-Umlage ausgenommen sind. Wir werden im Bund weiter für bessere Rahmenbedingungen kämpfen.

i IN ZAHLEN



+110

neue Windräder

+150.000



Haushalte mit
sauberem Strom

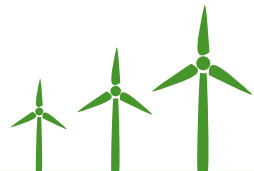
+12,5 Mio



für Energieeffizienz

Daran arbeiten wir: Fracking-Verbot

Fracking, die Förderung von Erdgas mit Wasser und Chemikalien, gefährdet das Grundwasser und damit Umwelt und Gesundheit. In Nordhessen konnte diese Risikotechnologie durch Proteste und politischen Druck vorerst verhindert werden. Wir wollen aber Fracking deutschlandweit rechtssicher verhindern. Deshalb hat Hessen eine Änderung des Bundesberggesetzes vorgeschlagen. Der Bundesrat hat die Vorschläge angenommen, die Bundesregierung will sie jedoch nicht umsetzen. Deshalb müssen wir auf allen Ebenen gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen, Bürgerinitiativen und Umweltverbänden dafür eintreten, dass der Gesetzentwurf der großen Koalition in dieser Form nicht realisiert wird.





Zurück
zum
Inhalt

MEHR SCHUTZ FÜR **TIERE**





Der Tierschutz hat für uns GRÜNE schon immer einen sehr hohen Stellenwert. Dass er 2002 endlich als Staatsziel im Grundgesetz verankert wurde, war ein großer Erfolg, für den wir lange Jahre zusammen mit Tierschutzorganisationen gekämpft haben. Als Regierungsfraktion arbeiten wir jetzt intensiv daran, dieses Ziel mit Leben zu füllen.

Mehr Tierwohl in der Landwirtschaft

Im Frühjahr 2015 traf sich zum ersten Mal der „Runde Tisch Tierwohl“, zu dem die GRÜNE Landwirtschaftsministerin Priska Hinz Tierschutzverbände, Tierärztinnen und -ärzte, Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Behörden sowie Landwirtinnen und -wirte eingeladen hatte. Sie sollen gemeinsam konkrete Schritte für mehr Tierwohl vor allem in der Nutztierhaltung erarbeiten.

Eine freiwillige Übereinkunft zwischen Landwirtschaft und Landesregierung verbessert den Tierschutz für Kälber. Sie besagt, dass Kälber unter sechs Wochen künftig nur noch nach Verabreichung von Schmerz- und Beruhigungsmitteln enthornt werden dürfen. Hessen geht damit einen wichtigen Schritt weiter, als das Bundestierschutzgesetz es vorgibt. Der artgerechteren Haltung von Kühen soll auch eine von Hessen eingebrachte Bundesratsinitiative gegen die ganzjährige Anbindehaltung dienen.

Bislang werden männliche Küken routinemäßig getötet, weil Zuchtbetriebe nur Legehennen brauchen. Das halten wir für ethisch nicht akzeptabel. Landwirtschaftsministerin Priska Hinz geht dagegen vor: Eine der bundesweit größten Brütereien für Legehennen, die in Hessen steht, muss technische Alternativen zur Kükentötung installieren.



Professuren gegen Tierversuche

Wir verfolgen das klare Ziel, Tierversuche überflüssig zu machen. Im August 2015 hat Hessen als erstes Bundesland zwei Stiftungsprofessuren eingerichtet, die erforschen, wie Tierversuche reduziert und möglichst komplett ersetzt werden können. Die Professur an der Goethe-Universität Frankfurt und die Juniorprofessur an der Justus-Liebig-Universität Gießen folgen dem 3R-Prinzip: Tierversuche reduzieren (reduce), die Last der Versuchstiere verringern (refine) und Tierversuche ersetzen (replace).

Mit dem 3R-Prinzip wollen wir Tierversuche reduzieren (reduce), ersetzen (replace) und die Last der Versuchstiere verringern (refine).

Wir haben zudem das 3R-Prinzip im Hochschulgesetz für alle Tierversuche in der Forschung der hessischen Hochschulen verankert. Hessen ist das erste Bundesland, das diesen Schritt geht.

Stiftung Hessischer Tierschutz

Im Oktober 2015 hat die von den GRÜNEN schon lange geforderte „Stiftung Hessischer Tierschutz“ ihre Arbeit aufgenommen. Sie soll den Tierschutzgedanken unterstützen und ganz konkret vor Ort helfen. Dazu zählt die Förderung von Projekten in Tierheimen und ähnlichen Einrichtungen. Mit der Stiftung werden künftig jedes Jahr 150.000 Euro für den Tierschutz in Hessen bereitgestellt.

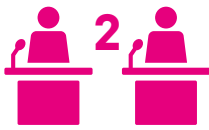
In vielen Regionen Hessens leben immer mehr streunende Hauskatzen, die oft verwahrlost sind und an schweren Krank-





heiten leiden. Ministerin Hinz hat deshalb eine Verordnung zur Katzenkastration als Rechtsgrundlage für Städte und Gemeinden erlassen. In Orten, wo Katzen verpflichtend kastriert werden, geht die Zahl verwahrloster Streuner spürbar zurück.

i IN ZAHLEN



Professuren gegen
Tierversuche

Prinzip im
Hochschulgesetz



3R

150.000 €



pro Jahr für die
Stiftung Tierschutz

Daran arbeiten wir: Rückkehr der Wildtiere

Wir freuen uns, dass Wildtiere wie der Luchs, die Sumpfschildkröte oder der Fischotter wieder in Hessen heimisch werden. Wir wollen die Artenvielfalt in Hessen erhalten und weiter ausbauen. Die Basis dafür sind die Biodiversitätsstrategie des Landes Hessen und die Arbeit der engagierten Naturschützer, Forstleute und Verbände.





Zurück
zum
Inhalt

**MEHR BERATUNG FÜR
VERBRAUCHERINNEN** ⓘ



Ziel GRÜNER Verbraucherpolitik sind gut informierte und selbstbestimmte Verbraucherinnen und Verbraucher. Konsumentinnen und Konsumenten sollen kompetente Entscheidungen auf Augenhöhe mit den Unternehmen treffen können.

Dazu fördern wir die Beratungsstellen deutlich stärker, und die GRÜNE Verbraucherschutzministerin Priska Hinz hat ein Konzept erarbeitet, mit dem sie den Herausforderungen des modernen Verbraucherschutzes noch besser gerecht werden können.

Neues Konzept der Verbraucherberatung

Das Produkt- und Dienstleistungsangebot wächst immer weiter. Damit steigt auch das Risiko, den Überblick zu verlieren. Der Verbraucherschutz steht vor immer neuen Herausforderungen: Wo und wie kann ich Smartphone-Apps reklamieren? Was bedeutet das Biosiegel und ist Bio gleich Bio? Wie schütze ich mich vor Missbrauch beim Online-Banking? Für all diese Fragen brauchen wir eine faire und unabhängige Interessenvertretung. Denn falsche Entscheidungen – insbesondere bei Finanzprodukten oder in der digitalen Welt – können gravierende Konsequenzen haben. Darüber hinaus haben starke Verbraucherinnen und Verbraucher mit bewussten Kaufentscheidungen Einfluss darauf, wie Unternehmen wirtschaften. Sie können zum Beispiel gezielt Produkte kaufen, die fair gehandelt, ökologisch angebaut oder regional erzeugt wurden.

Die GRÜNE Verbraucherschutzministerin Priska Hinz hat ein umfassendes Konzept vorgelegt, das diesen Herausforderungen eines modernen Verbraucherschutzes gerecht wird und das wir nun umsetzen – unter anderem mit neuen Beratungsstellen,



längeren Öffnungszeiten und mehr Online-Beratungen. Die Beratungsstellen werden stärker selbst auf die Verbraucher zugehen und in Kitas, Schulen oder Seniorenheimen das Gespräch suchen. Dazu wird die Verbraucherberatung in Hessen ausgeweitet und finanziell stärker unterstützt – eine langjährige Forderung der GRÜNEN in Hessen, die nun umgesetzt wird.

Mehr Geld, mehr Beratungsstellen, mehr Angebote

In Hessen gibt es eine duale Struktur der Verbraucherberatung: Sie ist mit der Verbraucherzentrale sowie dem DHB-Netzwerk Haushalt gut aufgestellt. Um beide Partnerorganisationen besser für ihre unabhängige, umfassende und objektive Verbraucherberatung zu rüsten, stattet die schwarz-grüne Landesregierung sie ab 2015 finanziell besser aus. Für die steigenden Anforderungen erhalten sie zusammen 537 000 Euro mehr pro Jahr – das ist eine Steigerung um mehr als 30 Prozent auf gut 2,2 Millionen pro Jahr.

Mit diesem Geld richtet der DHB sechs neue Beratungsstellen vor allem im ländlichen Raum ein, um die Wege zu fundierten Informationen auch außerhalb der Ballungsräume zu verkürzen. Damit gibt es in ganz Hessen 23 Anlaufstellen von DHB und Verbraucherzentrale – immer nah am Verbraucher. Die bestehenden Stellen können dank der soliden Finanzierung ihre Beratungszeiten ausbauen. Auch Online-Beratungen via Email gibt es ab 2015 – beispielsweise für kurze Fragen oder für Bürgerinnen und Bürger, für die ein Gang zur Beratungsstelle schwierig ist. Und





die Verbraucherzentrale kann mit den höheren Fördermitteln wieder eine eigene Rechtsabteilung aufbauen, um Verbraucherinnen und Verbraucher besser gegen schwarze Schafe unter den Unternehmern schützen zu können.

i IN ZAHLEN



Daran arbeiten wir: Bessere Transparenz bei Lebensmitteln

In Zukunft wollen wir uns für eine weitere Verbesserung der Transparenz bei Lebensmitteln auf nationaler und europäischer Ebene einsetzen. Auch bei verpackten und weiterverarbeiteten Nahrungsmitteln sollen nicht nur der Preis und die Herkunft, sondern auch die Inhaltsstoffe klar erkennbar sein.





Zurück
zum
Inhalt

MEHR CHAN- CEN- GERECHTIGKEIT FÜR HESSENS SCHULEN



In der Schule werden die Weichen für eine gerechte Gesellschaft gestellt, die allen Chancen eröffnet und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Alle Schülerinnen und Schüler sollen ihre Talente entfalten können – unabhängig vom sozialen Hintergrund ihrer Eltern. Deshalb haben wir allein in den ersten beiden Jahren unserer Regierungsbeteiligung rund 1000 Stellen für mehr Chancengerechtigkeit an unseren Schulen bewegt. Durch den Ende 2015 vorgelegten Aktionsplan für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt kommen nochmals über 800 zusätzliche Stellen hinzu. Mit der 105%-Lehrerversorgung im Landesdurchschnitt erhalten die Schule Freiräume, um individuelle, auf die Situation vor Ort angepasste Förderkonzepte zu realisieren. Zudem wollen wir den Schulen weitere pädagogische Perspektiven eröffnen. Unsere Richtschnur dabei ist „ermöglichen statt verordnen“.

1800 Stellen für Ganzttag, Sozialindex, Deutschförderung und Inklusion

Für uns hat die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler unabhängig vom Geldbeutel der Eltern Priorität. Deshalb haben wir in den Schuljahren 2014/15 und 2015/16 massiv in vier Schwerpunkte investiert, die für mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit zentral sind:

- + 345 Stellen für das Ganztagserschulprogramm/Pakt für den Nachmittag
- + 260 Stellen für Deutschfördermaßnahmen für Flüchtlinge und Zuwanderer
- + 220 Stellen für Inklusion
- + 120 Stellen für die Lehrerzuweisung nach Sozialindex



Hinzu kommen im Laufe des Jahres 2016 aus dem Aktionsplan Flüchtlinge 800 Stellen für Deutschförderung. Außerdem stehen sechs Millionen Euro für Ganztagschulen im Profil 2 und 3 (rhythmisierte Ganztagschule) zur Verfügung.

Erfolgsmodell Pakt für den Nachmittag

Das Konzept einer Bildungs- und Betreuungsgarantie für Grundschulkindern aus dem GRÜNEN Wahlprogramm hat als Pakt für den Nachmittag 1:1 Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden. Mit dem Pakt wollen wir schrittweise an allen Grundschulen ein Bildungs- und Betreuungsangebot von 7.30 bis 17.00 Uhr ermöglichen. So bleibt mehr Zeit zur Förderung und werden Familie und Beruf besser vereinbar. Mit Beginn des Schuljahrs 2015/16 haben sechs Schulträger in einer Pilotphase begonnen, den Pakt umzusetzen. Das Konzept überzeugt. Für das Schuljahr 2016/17 wollen bereits elf weitere Schulträger mitmachen.

G9 in Hessen wieder die Regel

Bei der Frage, ob das Abitur im Anschluss an die Grundschule nach 8 oder 9 Jahren abgelegt werden kann, haben wir uns seit Jahren für die Wahlfreiheit der Eltern eingesetzt. Mit unserer Regierungsbeteiligung ist diese Ziel weitestgehend umgesetzt. Die Eltern können wählen und haben entschieden: G9 ist in Hessen die Regel. Nur noch 20 Schulen bieten ausschließlich G8 an.

Landesschulamt abgeschafft

Das viel kritisierte Landesschulamt haben wir abgeschafft. Damit hat der von der FDP verursachte Spuk endlich ein Ende und die





Schulverwaltung kann sich wieder stärker auf die Unterstützung der Schulen konzentrieren.

Islamischer Religionsunterricht ausgebaut

Der Ausbau geht voran. Beim Start im Jahr 2013 wurden etwa 500 Schülerinnen und Schüler in 29 Grundschulklassen in islamischem Religionsunterricht unterrichtet. Im Schuljahr 2015/16 sind es schon über 60 Klassen mit mehr als 1800 Kindern.

IN ZAHLEN



Lehrerstellen



ist die Regel in Hessen

105%



Lehrerversorgung

Daran arbeiten wir

Der von uns angeregte Bildungsgipfel hat leider nicht zu einer parteiübergreifenden Vereinbarung geführt. Die Ergebnisse beispielsweise in den Bereichen Schulstruktur und Übergang Schule/Beruf werden aber bleiben und in das Regierungshandeln einfließen. Auch beim Thema Inklusion haben wir noch Hausaufgaben zu erledigen. So sollen Sonderpädagoginnen und –pädagogen möglichst mit vollem Stundendeputat im inklusiven Unterricht eingesetzt werden statt wie bislang nur mit einigen Stunden an mehreren Schulen. Thema bleibt auch der komplett binnendifferenzierte Unterricht an Integrierten Gesamtschulen.





Zurück
zum
Inhalt

IN DIE KÖPFE
INVESTIERT





Wir wollen Forschung und Lehre weiter verbessern, damit Hessen im Wettstreit um die klügsten Köpfe nicht zurückfällt und unsere Hochschulen weiterhin Lösungen für dringende soziale, ökologische und ökonomische Fragen finden. Dafür brauchen die Hochschulen neben ihrer Eigenständigkeit eine gute Ausstattung. Wir haben ein bundesweit einzigartiges Finanzpaket geschnürt und stellen den Hochschulen in den Jahren 2016 bis 2020 9 Milliarden Euro für Lehre und Forschung zur Verfügung. Darüber hinaus haben wir das Bauprogramm Heureka mit dem Volumen von einer Milliarde Euro fortgeschrieben. Und die Ende 2015 verabschiedete Neufassung des Hochschulgesetzes stellt wichtige Weichen im Sinne der Studierenden, der Forschung und des Tierschutzes.

Bundesweit einzigartige Finanzierung

Im Hochschulpaket, der im März vom Wissenschaftsminister und allen 13 Hochschulpräsidentinnen und -präsidenten unterschrieben wurde, setzen wir neue Maßstäbe: Die Grundfinanzierung der Hochschulen wächst im Haushaltsjahr 2015 um 26 Millionen Euro. Danach erhöht sich das Budget jährlich um ein Prozent oberhalb des Inflationsausgleichs. Das bedeutet im Endausbau im Jahr 2020 eine zusätzliche Finanzierung von über 180 Millionen Euro mehr in jedem Jahr. Damit setzen wir in Hessen als einziges Bundesland die Empfehlungen des Wissenschaftsrates um – unsere Hochschulen werden darum von den Kolleginnen und Kollegen in anderen Bundesländern zu Recht beneidet. Mit den stabil wachsenden Grundbudgets sorgen wir für die Planungssicherheit, die die Hochschulen brauchen, um neue Herausforderungen zu bewältigen.



Aber auch über die Grundfinanzierung hinaus setzt die Koalition Akzente. So wird der Bund-Länder-Hochschulpakt zur Schaffung zusätzlicher Studienplätze nochmals erweitert und erreicht von jetzt bis einschließlich 2020 ein Ausgabevolumen von einer Milliarde Euro, wobei der Bund noch einmal den gleichen Betrag hinzugibt. Angesichts der Rekordzahlen bei Studierenden und Studienanfängern entstehen damit die nötigen Kapazitäten, um gute Studienbedingungen zu schaffen und in die Ausbildung junger Menschen zu investieren. Das Geld, das Hessen spart, weil der Bund das BAföG künftig vollständig übernimmt, fließt komplett in die Hochschulen.

Fortschreibung von HEUREKA

Für Bauprojekte an den Hochschulen stellt die Fortschreibung des Programms HEUREKA eine weitere Milliarde Euro zur Verfügung. So werden beispielsweise die Verlagerung der Naturwissenschaften der Uni Kassel an den zentralen Campus am Holländischen Platz, die Neuordnung der Uni Gießen am Campus Philosophicum und der Neubau der zentralen Bibliothek der Philipps-Universität Marburg vorangetrieben. Ein Schwerpunkt liegt auf der Verbesserung der Energieeffizienz. Mit der Ermöglichung des Kulturcampus in Frankfurt und der Hafeninsel in Offenbach wird außerdem ein Fokus auf die Entwicklung der Kunsthochschulen gelegt.

Neues Hochschulgesetz verabschiedet

Die Novelle des Hochschulgesetzes setzt deutliche grüne Akzente: Forschungsstarke Bereiche der Hochschulen für angewandte





Wissenschaften (ehemals Fachhochschulen) haben ein Promotionsrecht bekommen, damit ist Hessen bundesweit Vorreiter. Wenn eine Hochschule eine im Ausland erworbene Studienleistung nicht anerkennen will, muss sie künftig beweisen, warum diese nicht gleichwertig ist – bisher lag die Beweislast bei den Studierenden. Drittmittelforschung wird transparenter, der Zugang beruflich Qualifizierter zu Hochschulen einfacher, und es gibt neue gesicherte Karrierewege für Nachwuchswissenschaftler („tenure track“). Außerdem hervorzuheben ist die Stärkung des Tierschutzes in der Forschung: Als erstes Land schreiben wir das so genannte 3R-Prinzip in ein Hochschulgesetz, das Versuche reduzieren und sie letztlich ersetzen soll.

i IN ZAHLEN

9 MRD



Für Lehre & Forschung

244.000



Studierende

1 MRD



Für Hochschulbau

Daran arbeiten wir: Lehrer besser fortbilden

In den kommenden Jahren werden wir unter anderem die Lehrerbildung reformieren und die Umsetzung des Praxissemesters vorantreiben. Außerdem stehen die Überprüfung der Bologna-Reform und die Ausweitung der Digitalisierung der Lehre auf unserer Agenda.





Zurück
zum
Inhalt

KINDERBETREUUNG
BESSER GEFÖRDERT





Die Anforderungen an eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung sind gewachsen: Mehr Plätze auch für Kinder unter drei Jahren, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Inklusion von Kindern mit Behinderung zählen zu den größten Herausforderungen, denen wir uns zu stellen haben.

Kitas und Integration gestärkt

Mit den frei werdenden Bundesmitteln des abgeschafften Betreuungsgelds fördert Hessen die Kitas und die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund oder aus Flüchtlingsfamilien. Insgesamt stehen für das Haushaltsjahr 2016 21,4 Millionen mehr für diese Zwecke bereit. Wir werden für niedrigschwellige Angebote zur Integration von Kindern aus Flüchtlingsfamilien sorgen und die Kitas bei Personal- und Sachkosten unterstützen.

Inklusion gesichert

Kinder mit und ohne Behinderung sollen gemeinsam spielen und gemeinsam aufwachsen, denn das nutzt ihnen allen. Wir haben für die gemeinsame Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderungen zehn Millionen Euro zusätzlich in den Haushalt eingestellt. Dieser Beschluss ermöglichte, dass die Liga der Freien Wohlfahrtspflege und die Kommunalen Spitzenverbände nach lange festgefahrenen Verhandlungen in der „Rahmenvereinbarung Integrationsplatz“ die Standards für die Inklusion vereinbart haben.

Wir haben den „Runden Tisch Kinderbetreuung“ ins Leben gerufen, der bereits zweimal zusammengekommen ist. Diesen Betreuungsgipfel hatten wir schon in der Opposition gefordert, um den Dialog mit allen an der Kinderbetreuung Beteiligten auf-



zunehmen. Wichtig war uns GRÜNEN, dass alle Akteure wieder miteinander reden statt nur übereinander. Das ist gelungen: Der Runde Tisch verlief konstruktiv und positiv. Selbst die Opposition musste das eingestehen.

KiföG nachgebessert

Ein Punkt dabei war das Kinderförderungsgesetz (KiföG). Wir konnten bereits im Gesetzgebungsverfahren viele kritische Punkte an diesem noch unter Schwarz-Gelb beschlossenen Gesetz verhindern und planen nun weitere Verbesserungen. Ein unabhängiges Institut wird die Umsetzung des KiföG begleiten und auf Probleme hinweisen, damit wir in der Praxis nachsteuern können. Das Gesetz regelt, dass die Landeszuschüsse nicht mehr nach den vorhandenen Gruppen berechnet werden, sondern nach der Zahl der Kinder. Das könnte in kleinen Kitas auf dem Land zu Problemen führen. Wir haben mit unserem Koalitionspartner vereinbart, flexibel auf Schwierigkeiten etwa bei den Öffnungszeiten oder in kleineren Einrichtungen zu reagieren.

Einige Anregungen aus den Gesprächen am Runden Tisch haben wir bereits umgesetzt. So haben wir für Träger, die nach dem für die Finanzierung maßgeblichen Stichtag (1. März) eine neue Gruppe oder eine neue Einrichtung für unter Dreijährige eröffnen, die Frist zur Anschubfinanzierung verlängert. Wir haben auch die Frist für den Abruf von Mitteln für Baumaßnahmen zum Ausbau der U3-Betreuung verlängert. Um die Qualität der Betreuung weiter zu verbessern, wollen wir die hessenweite Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplanes voranbringen.





Dazu werden Sprachförderung und Elternarbeit zukünftig besser unterstützt. Vorschläge zur Linderung des Mangels an Erzieherinnen und Erziehern erarbeitet eine beim Ministerium für Soziales und Integration eingerichtete Stabsstelle. Dabei kommen auch neue Ausbildungsmodelle mit betrieblichen Anteilen in Frage. Auch Möglichkeiten wie der verstärkte Einsatz älterer Fachkräfte, mehr Teilzeitbeschäftigung und Initiativen zur Gewinnung von Quereinsteigern sind denkbar, wenn sie sich als geeignet erweisen.

i IN ZAHLEN

+21,4 Mio €



für Kitas und
Integration



+10 Mio €

für Inklusion

1



Runder Tisch
Kinderbetreuung

Daran arbeiten wir: Kinderrechte stärken

Kinder und Jugendliche haben ein Recht, unbeschwert aufzuwachsen und sich zu entwickeln. Wir wollen Kindern darin unterstützen, ihre Rechte durchzusetzen. Deswegen werden wir ein Konzept erarbeiten, wie wir die Kinderrechts-Charta in Hessen am besten umsetzen. Alle Kinder und Jugendliche sollen in Hessen eine Anlaufstelle finden, in der sie zu ihren Rechten beraten werden.





Zurück
zum
Inhalt

KULTUR

IM RAMPENLICHT





In Kunst und Kultur konzentrieren sich die Vielfalt, der Erfahrungsschatz und die Kreativität unserer Gesellschaft. Sie stiften Gemeinschaft, und vor allem liefern sie provozierende und oft wegweisende Denkanstöße. Hessen braucht eine Kulturlandschaft, an der alle Menschen teilhaben können. Deshalb braucht Kultur eine starke Lobby. Trotz der schweren Aufgabe, den Landshaushalt ohne immer neue Schulden aufzustellen, haben wir dafür gesorgt, dass für Kultur während der gesamten Legislaturperiode jährlich zehn Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stehen.

Mehr Unterstützung für freie Theater, Soziokultur und kulturelle Bildung

Kultur darf kein elitäres Vergnügen für wenige sein. Um die Chancengleichheit zu erhöhen, ist der Ausbau der kulturellen Bildung einer der Kernpunkte unseres Koalitionsvertrags. Seit 2015 gab es dafür erstmals ein eigenes Budget im Landeshaushalt. Damit werden unter anderem die vielfältigen Initiativen des „Kulturkoffers“ unterstützt: Kinder und Jugendliche bekommen damit ein kostengünstiges oder kostenloses Angebote der kulturellen Bildung, denn die kulturelle Teilhabe ist eine Frage der Chancen- und Bildungsgerechtigkeit.

Eine große Unterstützung erhalten nun auch die Soziokultur und die Freien Theater in Hessen, indem wir – wie im Koalitionsvertrag angekündigt – ihre Förderung verdoppeln. Die Mittel für soziokulturelle Angebote werden auf 700.000 Euro erhöht, die Freien Theater einschließlich der Kinder- und Jugendtheater erhalten fast 500.000 Euro mehr im Jahr.



Kulturerbe für alle zugänglich machen

Eine Verpflichtung ist es uns auch, die Kulturdenkmäler unseres Landes zu erhalten und sie Besucherinnen und Besuchern zugänglich zu machen. Das Kulturinvestitionsprogramm, in dem bis 2019 zehn Millionen zur Sanierung und Restaurierung historischer Schlösser, Burgen und Gärten bereitstehen, ermöglicht wichtige bauliche Maßnahmen. Dabei liegt ein Fokus darauf, dass die Kulturschätze barrierefrei zugänglich werden und Besucher sich besser informieren können.

Das documenta-Archiv soll einem breiten Publikum zugänglich sein und zu einem Forschungsinstitut weiterentwickelt werden.

Auch die documenta in Kassel ist – als eine der bedeutendsten Ausstellungen zeitgenössischer Kunst weltweit – zentraler Bestandteil der hessischen Kulturlandschaft. Damit ihr einzigartiges Archiv künftig auch

zwischen den Schauen für das Publikum offen sein kann, hat die Landesregierung es in die documenta GmbH aufgenommen und fördert diese ab 2016 mit 500 000 Euro jährlich. Das ermöglicht auch eine Weiterentwicklung zum Forschungsinstitut.

Perspektive für Kunsthochschulen

Im Hochschul-Bauprogramm Heureka legt die Landesregierung einen Schwerpunkt auf die Kunsthochschulen in Frankfurt und in Offenbach. Mit den Förderbeträgen von zusammen fast 200 Millionen Euro ist es möglich, die Hochschule für Musik und Darstellende Kunst in Frankfurt auf dem Kulturcampus und die





Hochschule für Gestaltung in Offenbach auf der Hafensinsel neu zu errichten. Damit setzen wir wichtige Entwicklungsimpulse in die beiden Städte.

i IN ZAHLEN

500.000 €



für freie Theater



Mittel für Soziokultur

X2

für Kulturdenkmäler



10 Mio €

Daran arbeiten wir: Erinnerungskultur aus Verantwortung

Wir sehen uns in der Verantwortung, Konsequenzen aus den Verbrechen der NS-Zeit zu ziehen. Neben einer aktiven Erinnerungskultur gehört dazu, dass Raubkunst den rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben werden muss. Die zentrale Stelle für Provenienzforschung bündelt seit Januar 2015 diese Aufgabe und arbeitet den Bestand der Museen des Landes systematisch auf.





Zurück
zum
Inhalt

**FOLGEN DES  FLUGHAFENAUSBAUS
GEMILDERT**



Der Frankfurter Flughafen liegt mitten in einem Ballungsraum. Die Lärmbelastung ist enorm. Wir GRÜNE haben immer betont, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens nicht der einzige Maßstab der Flughafen-Politik sein kann. Wir haben uns als einzige Fraktion im Landtag seit Beginn der Debatte immer gegen den Flughafenausbau eingesetzt. Die Ausbaubefürworter von CDU, SPD und FDP haben in Zeiten vor unserer Regierungsbeteiligung allerdings leider andere Entscheidungen getroffen, die wir rechtlich nicht zurücknehmen können. Jetzt dreht die Landesregierung unter GRÜNER Beteiligung an jeder denkbaren Stellschraube, die den Schallschutz verbessert.

Sieben Stunden Nachtruhe dank zusätzlicher Lärmpausen

Seit April 2015 werden die Lärmpausen am Flughafen erprobt. Sie ergänzen in der Zeit von 22 bis 23 Uhr und von 5 bis 6 Uhr das Nachtflugverbot. Dadurch, dass wechselnd unterschiedliche Start- und Landebahnen nicht genutzt werden, haben die Menschen unter den entsprechenden An- beziehungsweise Abflugschneisen jeweils eine Stunde mehr Ruhe. Das bedeutet, dass abends allein in Frankfurt 44.000 Menschen eine zusätzliche Lärmpause erhalten. Auch in Offenbach werden im Saldo 24.000 Menschen entlastet. Der Probetrieb wird durch ein unabhängiges Monitoring begleitet.

Aktiver Lärmschutz weiter gestärkt

Die Ergebnisse der NORAH-Lärmwirkungsstudie sind eindeutig: Verkehrslärm kann krank machen, egal ob unter der Einflugschneise oder an Bahnstrecken und Straßen. Fluglärm wird dabei als besonders belastend wahrgenommen. Deshalb wollen wir



den Lärmschutz weiter ausbauen. Eine eigens eingerichtete Stabsstelle im Verkehrsministerium treibt diese Bemühungen voran. Für die geltende Entgeltordnung des Flughafens wurde der lärmabhängige Anteil angehoben und stärker gespreizt. Das bedeutet, dass laute Flieger für einen Start oder eine Landung in Frankfurt deutlich mehr zahlen müssen als leisere Flugzeuge. So soll der Einsatz von besonders leisen Maschinen gefördert werden. Diesen Weg wollen wir weiter gehen.

Zahlreiche Verbesserungen beim aktiven Lärmschutz führen ebenfalls zu Entlastungen, von einem höheren Gleitwinkel und einer Anhebung von Anflughöhen, die den Lärm am Boden senken, über präziser gesteuerte satellitengestützte Anflugverfahren bis zum Einsatz lärmindernder Wirbelgeneratoren an Flugzeugen.

Einsatz beim Bund

Aber auch der Bund muss mehr tun. Als erste Konsequenz aus der NORAH-Studie haben wir eine Bundesratsinitiative mit Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gestartet. Sie sieht vor, dass im Luftverkehrsgesetz der Lärmschutz eine zentrale Rolle

Gemeinsam mit Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz setzt sich Hessen auch über den Bundesrat für mehr Fluglärmschutz ein.

spielen und die Bürgerinnen und Bürger bei der Planung von Flugrouten beteiligt werden sollen. Dies würde helfen, das Wissen in der Bevölkerung zu nutzen, um Flugrouten transparenter und leiser zu planen. Um





dieses Ziel auf Landesebene zu fördern, haben wir zusätzliche Städte und Gemeinden in die Fluglärmkommission aufgenommen. Damit sind die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner besser vertreten.

i IN ZAHLEN

7 Std.



Lärmpausen



1

Stabstelle
für
Lärmschutz

Drs.
550/15



Bundratsinitiative
gegen Fluglärm

Daran arbeiten wir: Fluglärm begrenzen

Die Einführung einer Lärmobergrenze ist das zentrale strategische Instrument für mehr Lärmschutz in der Region. Das hessische Verkehrsministerium leistet hier Pionierarbeit. Ein entsprechender Vorschlag soll bis zum Sommer 2016 vorliegen. Die Lärmobergrenze soll dabei deutlich unter den 2020 im Planfeststellungsbeschluss prognostizierten Werten liegen. Außerdem werden wir uns für immer weitere Schritte beim aktiven Lärmschutz einsetzen, beispielsweise die Ausweitung lärmmindernder Anflugfahren und die weitere Spreizung der lärmabhängigen Entgelte.





Zurück
zum
Inhalt

WEICHEN FÜR DIE VERKEHRSWENDE GESTELLT





Wir wollen die Verkehrswende zur umweltgerechten und klimaschonenden Mobilität und damit zu mehr Lebensqualität. Dazu stellen wir mit dem GRÜNEN Verkehrsminister Tarek Al-Wazir viele wichtige Weichen. Jüngstes Beispiel ist die Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität, in der Kommunen, Hochschulen, Verkehrsverbände und regionale Radforen sich darüber austauschen, wie Radfahren und Zu-Fuß-Gehen attraktiver werden.

Mehr Lärmschutz und Erhalt statt Neubau

In Tempo-30-Zonen fließt der Verkehr ruhiger, die Anwohnerinnen und Anwohner müssen weniger Lärm ertragen, Radler und Radlerinnen und zu Fuß Gehende sind sicherer unterwegs. Von 2016 an gehören sie in Hessen zum Katalog der Verkehrsinfrastrukturförderung. Damit können die Kommunen Geld vom Land für bauliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung bekommen. Um zu testen, wie der Lärmschutz auch an Hauptstraßen in der Nacht besser werden kann, läuft ein Tempo-30-Modellprojekt in Frankfurt. Auch auf Autobahnen und vierspurigen Straßen in der Nähe von Wohnvierteln soll es durch Geschwindigkeitsbegrenzungen leiser werden. So soll auf der A66 zwischen Frankfurt-Höchst und der Miquelallee Tempo 100 gelten.

Weil in Hessen zu lange zu viel Geld in publikumswirksame Neubauprojekte floss statt in den Erhalt bestehender Straßen, ist fast ein Viertel der Landesstraßen in einem sehr schlechten Zustand. Deshalb liegt im Landesstraßenbauprogramm der Schwerpunkt jetzt konsequent auf Erhalt vor Neubau. Bis 2022 sollen 84 Prozent der investiven Mittel aus dem Landeshaushalt in die Instandsetzung fließen. Die Neubauprojekte werden nach klaren, nachvollziehbaren und objektiven Kriterien priorisiert.



Mehr Geld und Qualität für den ÖPNV

Verkehrsminister Al-Wazir hat für eine Aufstockung der Finanzierung des Regionalverkehrs gekämpft – mit Erfolg: Das Land Hessen bekommt 50 Millionen Euro mehr so genannte Regionalisierungsmittel vom Bund. Insgesamt fließen von 2016 an rund 604 Millionen Euro nach Hessen. Die zusätzlichen Mittel helfen, einen leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr zu sichern.

Das Land unterstützt weiter die Planung, den Bau und den Ausbau von S-Bahn-Strecken im Rhein-Main-Gebiet. Hierzu gehören der Bau der Nordmainischen S-Bahn, der vierspurige Ausbau der S6 nach Friedberg sowie der Bau der Station „Gateway Gardens“. Um den Knoten Frankfurt zu entlasten, unterstützt das Land Planung und Bau der Regionaltangente West von Bad Homburg nach Neu-Isenburg.

Die Reaktivierung der Kurhessenbahn ist ein weiterer wertvoller Beitrag für nachhaltige Mobilität in Hessen. Die Region wird mit der Strecke besser an die beiden Metropolregionen Rhein-Main und Rhein-Ruhr angebunden. Das verkürzt die Reisezeit von Pendlern in die Ballungszentren und erleichtert den Zugang zu touristischen Zielen der Region. 16,7 Millionen Euro Landesförderung sind gut investiertes Geld.

Auf dem Weg zum Fahrradland

Damit Hessen fahrradfreundlicher wird, sollen jedes Jahr vier Millionen Euro in neue Radwege an Landesstraßen fließen (zwischen 2003 und 2013 waren es im Schnitt nur 2,4 Mio. Euro).

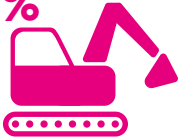




So sollen bis 2022 insgesamt 60 neue Radwege entstehen. Außerdem stellt das Land den Kommunen aus den sogenannten Entflechtungsmitteln jedes Jahr 7 Millionen Euro für besseren innerörtlichen Rad- und Fußverkehr zur Verfügung sowie für 2015 weitere 7,5 Millionen Euro aus Bundesmitteln.

i IN ZAHLEN

84%



Mittel für Erhalt



Radwege

+50 Mio



Für ÖPNV

+60

Daran arbeiten wir: Ökologische Mobilität stärken.

Wir arbeiten an der Einführung eines landesweiten Schülertickets. Es soll Schülerinnen und Schülern auf dem Weg zur Schule, aber auch im Freizeitverkehr das ganze Jahr über eine einfache Nutzung von Bussen und Bahnen ermöglichen. Auch die Einführung eines Jobtickets für alle Landesbedienstete bereiten wir vor. In einem klugen betrieblichen Mobilitätsmanagement sehen wir zudem die Chance, das Pendeln zum Arbeitsort nachhaltiger zu gestalten. Dieses wollen wir in der Zusammenarbeit mit den landeseigenen Mobilitätsberatungsstellen ausbauen.





Zurück
zum
Inhalt

ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN FÜR KOMMUNEN



Das im September 2015 vorgestellte Kommunalinvestitionsprogramm im Volumen von insgesamt einer Milliarde Euro ist der jüngste Baustein in der konsequenten Unterstützung der Kommunen durch die Landesregierung. Es sind die Landkreise, Städte, Dörfer und Stadtteile, in denen sich Menschen zu Hause fühlen und wo wichtige Weichen dafür gestellt werden, dass es ihnen gut geht.

Eine Milliarde für das kommunale Investitionsprogramm

Die Landesregierung hat das 2015 aufgelegte kommunale Investitionsprogramm des Bundes durch ein eigenes Programm ergänzt und mehr als verdoppelt. Das war nötig, weil die Bundesmittel nur an ausgewählte finanzschwache Kommunen fließen und nur für ganz bestimmte Verwendungen vorgesehen sind. Das Programm des Landes richtet sich an alle Kommunen und lässt ihnen viel Entscheidungsfreiheit. Jede Kommune kann selbst bestimmen, in welche Vorhaben sie die Mittel am besten anlegt, denn nicht jede Kommune drückt der Schuh an derselben Stelle. Das Investitionsprogramm setzt sich aus vier Teilen zusammen: die Mittel aus dem Programm des Bundes (352 Millionen Euro), einem eigenen Landesprogramm zur Förderung der kommunalen Infrastruktur (373 Millionen Euro), ein Darlehensprogramm mit zinslosen Krediten für den Wohnungsbau (230 Millionen Euro) und einer Förderung für kommunale Krankenhäuser (77 Millionen Euro).

Neuer Kommunaler Finanzausgleich ab 2016

Die ausführliche Debatte über die künftige Finanzierung der Kommunen, an der die GRÜNEN maßgeblich mitgewirkt haben,



hat sich gelohnt: Das Land vollzieht einen vollständigen Systemwechsel. Der Staatsgerichtshof hat vorgegeben, dass sich der neue Kommunale Finanzausgleich (KFA) am tatsächlichen Bedarf der Kommunen orientieren soll. Künftig wird somit das Land das Risiko der im Konjunkturverlauf schwankenden Steuereinnahmen tragen. Die Gesamtsumme des KFA ist für 2016 auf das Rekordvolumen von 4,37 Milliarden Euro angewachsen – über eine Milliarde Euro mehr als noch vor fünf Jahren.

Breitband und Energiewende für Kommunen

Auf zwei für die Zukunft unseres Landes besonders wichtigen Feldern kommen Investitionen oft nicht ohne das Engagement von Kommunen in Gang: bei der Versorgung mit erneuerbaren Energien und beim Breitbandausbau. Mit einer Gesetzesänderung haben wir es deshalb den Kommunen ermöglicht, sich in beiden Bereichen wirtschaftlich zu betätigen. Gemeinden können jetzt also zum Beispiel selbst Windkraftanlagen errichten und betreiben. In Form von Energiegenossenschaften können sie ihre Bürger am Erfolg beteiligen.

Mehr Bürgerbeteiligung

Wir haben die Hürden für Bürgerentscheide in den Kommunen gesenkt. Damit ein Bürgerentscheid erfolgreich ist, muss er zwei Bedingungen erfüllen: Zum einen müssen mehr als die Hälfte der Abstimmenden für ein Vorhaben votieren, damit die Entscheidung gilt. Zum anderen muss ein bestimmtes Quorum erreicht werden. Das heißt, dass die Mehrheit nur dann ausreicht, wenn





diese Gruppe zugleich auch ein festgelegter Anteil der wahlberechtigten Bevölkerung ist. Bisher musste dieser Anteil bei 25 Prozent liegen. Wir haben dieses Hindernis nun für größere Gemeinden niedriger gelegt: Bei 50.000 bis 100.000 Einwohnern genügen 20 Prozent, bei mehr als 100.000 Einwohnern 15 Prozent. Mit der Senkung der Hürden haben wir dem Wunsch der Bürger entsprochen, an Entscheidungen der Kommune direkt und leichter mitwirken zu können.

i IN ZAHLEN

1 MRD €



Investitionsprogramm

4,37 MRD €



**Rekordvolumen
beim KFA**

204



**Kommunen mit
Plus im Haushalt**

Daran arbeiten wir: **Solide Finanzen der Kommunen**

Wir haben uns vorgenommen, die Rahmenbedingungen der Kommunen weiter zu verbessern. 2014 konnte knapp die Hälfte der Kommunen ihren Haushalt mit einem Plus abschließen. Viele überschuldete Kreise, Städte und Gemeinden sind auf einem guten Weg – diesen Aufwärtstrend werden wir weiter unterstützen.





Zurück
zum
Inhalt

FAIRER WIRTSCHAFTEN

A white line-art icon of a tower crane with a hook, positioned to the right of the word 'FAIRER'.





Wir GRÜNE wollen eine Wirtschaft, die fair, ökologisch und nachhaltig ist. Wir wollen zum Nutzen aller wirtschaften und dabei unsere Lebensgrundlagen erhalten. Dafür wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern und Wachstum von Ressourcenverbrauch entkoppeln.

Für Hessen, seine Kommunen und landeseigenen Unternehmen haben wir deshalb festgelegt, dass öffentliche Aufträge nur an Firmen vergeben werden dürfen, die ihre Beschäftigten mindestens nach Tarif oder Mindestlohn bezahlen. Gemeinsam mit dem GRÜNEN Wirtschaftsminister Tarek AL-Wazir fördern wir auch in vielen weiteren Bereichen die Wirtschaft so, dass alle etwas davon haben.

Nicht nur der Preis entscheidet

Öffentliche Aufträge des Landes, der Kommunen und ihrer Betriebe sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, gerade für unsere mittelständischen Betriebe. Wir GRÜNE setzen uns schon seit langer Zeit dafür ein, dass es bei diesen Vergaben fairer, transparenter und nachhaltiger zugeht. Mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz haben wir dafür gesorgt, dass Firmen, die in Hessen öffentliche Aufträge erhalten wollen, die Tarifbedingungen ihrer Branche einhalten oder wenigstens den bundesgesetzlichen Mindestlohn zahlen müssen. Auch ihre Subunternehmen müssen sich an diese Bedingungen halten.

Das Gesetz ermöglicht es auch, weitere soziale und ökologische Kriterien zu berücksichtigen. Auftraggeber können beispielsweise Unternehmen bevorzugen, die Langzeitarbeitslose beschäftigen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern oder überpro-



proportional ausbilden. Die Verwendung ökologisch erzeugter oder fair gehandelter Produkte kann ebenfalls verlangt werden.

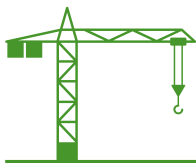
Nachqualifizierung verbessert Chancen auf dem Arbeitsmarkt

In Hessen sind rund 340 000 Menschen erwerbstätig, ohne je eine Ausbildung abgeschlossen zu haben. Weil die Arbeitswelt aber immer mehr Qualifikationen voraussetzt, besteht die Gefahr, dass sie abgehängt werden. Gleichzeitig suchen viele Firmen ausgebildete Fachkräfte. Mit der Nachqualifizierungsoffensive des Landes können Unternehmen direkt in ihre Mitarbeiter investieren, um ihren Fachkräftebedarf zu sichern. Die Beschäftigten können damit eine Ausbildung nachholen und sich gegen Arbeitslosigkeit absichern. Hessen ist das erste Bundesland, das flächendeckend Beratungsstrukturen zur Nachqualifizierung von Arbeitskräften aufbaut. Für die Initiative ProAbschluss, an der sich auch die Wirtschaft, Gewerkschaften und Sozialpartner beteiligen, sind bis 2021 rund 33 Millionen Euro aus Landesmitteln und Mitteln des Europäischen Sozialfonds eingeplant.

Mehr Schutz für Wanderarbeiter

Ohne Arbeitskräfte aus dem Ausland würde auf vielen deutschen Baustellen, in der Landwirtschaft oder in der Pflege die Arbeit stillstehen.

Ohne Arbeitskräfte aus dem Ausland würde auf vielen deutschen Baustellen, in der Landwirtschaft oder in der Alten- und Krankenpflege die Arbeit stillstehen. Die Arbeitsbedingungen für Wanderarbeiter sind aber oft





miserabel. Im Landeshaushalt haben wir deshalb zusätzliche Mittel bereitgestellt, um bei der Beratungsstelle „Faire Mobilität“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) eine zusätzliche Stelle zu schaffen. Damit helfen wir, die Situation von Wanderarbeiterinnen und -arbeitern zu verbessern.



IN ZAHLEN

50 Mbit/s
100 Mbit/s
Breitbandausbau

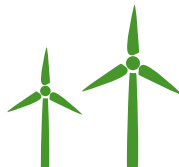
33 Mio €



für Nachqualifizierung

Daran arbeiten wir: Schwarze Zahlen mit GRÜNEN Ideen

Unter GRÜNER Führung arbeitet das Wirtschaftsministerium daran, regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken, Umwelttechnologien voranzubringen und kleine und mittelständische Betriebe sowie Unternehmensgründer zu stärken. Wichtig ist uns auch, neben den großen Industriebetrieben, der Finanzbranche und anderen Dienstleistern die Kultur- und Kreativwirtschaft Hessens voranzubringen, die einen besonders zukunftssträchtigen Wirtschaftszweig unseres Landes darstellt. Außerdem kümmern wir uns um flächendeckend schnelles Internet: Hessen fördert 2016 zum ersten Mal den Ausbau mit direkten Zuschüssen. Unser Leitgedanke dabei ist immer, dass Wirtschaft den Menschen dienen muss: So ist Hessen für die Zukunft gut aufgestellt.





Zurück
zum
Inhalt

SOZIALBÜDGET

FÜR EIN GERECHTERES HESSEN





Wir wollen, dass Hessen sozialer und gerechter wird. Ein Meilenstein auf diesem Weg ist das Hessische Sozialbudget. Wir haben es eingerichtet und ab 2015 noch einmal deutlich aufgestockt, damit Menschen in Not mehr Hilfe und die Möglichkeit zur Teilhabe an der Gesellschaft bekommen. Wir haben trotz Haushaltssanierung die soziale Infrastruktur massiv gestärkt und vor künftigen Sparschritten geschützt.

Das Geld fließt für die Dauer der Legislaturperiode Jahr für Jahr verlässlich in die wertvolle sozialpolitische Arbeit von Kommunen, Verbänden und Institutionen und gibt ihnen damit Planungs- und Handlungssicherheit. Das nutzt den Menschen, für die diese Einrichtungen arbeiten.

Planungssicherheit für die gesamte Wahlperiode

Für die freiwilligen sozialen Leistungen des Landes stehen nun verlässlich rund 70 Millionen Euro jährlich zur Verfügung. Hinzu kommen zehn Millionen Euro für die Förderung der gemeinsamen Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung. Mit dem Geld wollen wir Menschen in schwierigen Lebenssituationen besser unterstützen, Armut und soziale Ausgrenzung verringern und Hilfe anbieten. Dazu werden Beratungs- und Präventionsangebote künftig stärker gefördert.

Wirkungsvolle Sozialpolitik unterstützt die Menschen in ihren eigenen Anstrengungen und erkennt ihre Vielfalt als Bereicherung für unsere Gesellschaft an. Emanzipatorische Sozialpolitik grenzt nicht aus, sondern ermöglicht Chancen unabhängig von sozialer Herkunft, Alter, Geschlecht und kulturellem Hintergrund.



Unterstützung vor Ort

Ein Teil des Sozialbudgets, insgesamt 19,2 Millionen Euro, geht an die Kommunen und kreisfreien Städte zur Unterstützung sozialer Angebote vor Ort. Dabei haben wir uns auf drei Bereiche verständigt, die zusätzliches Geld erhalten. Den Schutz von Frauen vor Gewalt etwa in Frauenhäusern und durch Beratungsstellen haben wir erstmals auf eine verlässliche finanzielle Basis gestellt.

Mit der Finanzierung von Schuldnerberatungsstellen wollen wir stark verschuldeten Menschen helfen, den Weg zurück in ein selbstbestimmtes Leben zu finden. Außerdem fördern wir Beratungsstellen für Kinder und Jugendliche, die Opfer sexualisierter Gewalt wurden.

Förderung für mehr als 50 Positionen

Darüber hinaus unterstützen wir die Arbeitsvermittlung von Langzeitarbeitslosen. Viele Menschen haben es schwer, einen festen Arbeitsplatz zu finden. Sie haben oft aus mehreren Gründen wenige Chancen auf eine Festanstellung. Mit unserem Landesprogramm geben wir über den Zeitraum von fünf Jahren zehn Millionen Euro aus, um Menschen zu helfen, wieder Anschluss in der Berufswelt zu finden.

Insgesamt umfasst das Hessische Sozialbudget mehr als 50 Positionen. Außer den bereits genannten Punkten werden wir beispielsweise die Suchthilfe modern ausbauen, das Integrationsprogramm WIR sicher stellen, die Arbeit von Hospizen stär-





ken, die Verbände der Menschen mit Behinderung besser fördern, Sinti und Roma stärker unterstützen, die Sprachförderung in den Kindergärten besser finanzieren, Beratungsangebote für Familien stärken und einen Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt erarbeiten und umsetzen.

i IN ZAHLEN



31

Frauenhäuser
gefördert

10 Mio €



für Langzeit-
arbeitslose

500.000 €



für Schuldnerberatung

Daran arbeiten wir: Stärkung des Gemeinwesens

Benachteiligte Wohnviertel werden wir mit dem neuen Landesprogramm zur Gemeinwesenarbeit stärken. In den Quartieren soll es sozial-integrative Projekte geben und die Mitspracherechte der Bewohnerinnen und Bewohner und das nachbarschaftliche Zusammenleben werden gezielt gefördert.





Zurück
zum
Inhalt

FLÜCHTLINGE WILLKOMMEN HEISSEN

A white icon representing three stylized human figures with their arms raised, positioned to the right of the word 'HEISSEN'.



Auf der ganzen Welt fliehen zurzeit so viele Menschen vor Kriegen und Krisen wie noch nie. Auch in Hessen kommen viele Flüchtlinge an. Wir sind ein wohlhabendes Land und haben die humanitäre Verantwortung, diejenigen menschenwürdig aufzunehmen, die alles verloren haben und verzweifelt sind.

Mit dem Hessischen Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts stellen wir im Haushalt 2016 mehr als eine Milliarde Euro bereit, um Flüchtlinge gut aufzunehmen und zu integrieren. Wir haben systematisch alle Politikbereiche daraufhin durchforstet, was wir für Flüchtlinge tun können, und eines der bundesweit umfassendsten Programme zusammengestellt.

Verbesserung der Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen

Die erste Aufgabe ist es, Geflüchtete menschenwürdig unterzubringen. Dazu haben wir in ganz Hessen im Jahr 2015 mehr als 30 neue Erstaufnahme- und Außenstellen eröffnet. Mit dem Aktionsplan schaffen wir zusätzliche Stellen, um die Versorgung zu verbessern. Zusätzliches Geld fließt in die medizinische Erstversorgung und die soziale und psychologische Betreuung von Erwachsenen und Kindern.

Insbesondere Frauen und Kinder unter den Flüchtlingen können Opfer von sexueller Gewalt werden. Um sie zu schützen, sind in Darmstadt Plätze für Frauen und Kinder reserviert. Die getrennte Unterbringung weiten wir nach und nach aus. Außerdem wird es spezielle psychosoziale Beratung für Frauen und Kinder geben.



Sprache und Schule

Der Schlüssel zur Integration ist die Sprache. Bereits in der Erstaufnahme können Flüchtlinge Deutschkenntnisse erlernen. Wir weiten die Intensivklassen in den Schulen aus und verstärken die Fortbildung von Lehrkräften. Das Land stellt zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer ein, die insbesondere an Schulen unterrichten werden, wo viele Kinder mit Migrationshintergrund lernen. Auch Jugendliche, die nicht mehr schulpflichtig sind, sollen Sprachförderung erhalten.

Unterstützung für die Kommunen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer

Hessen hat die Pauschalen, die es den Kommunen für die Versorgung von Flüchtlingen zahlt, zweimal deutlich angehoben, Anfang 2015 um 15 Prozent und zum Jahresbeginn 2016 noch einmal um rund 45 Prozent. Zusätzlich erhalten Landkreise und kreisfreie Städte aus dem Aktionsplan je 20.000 Euro für die Koordination und Qualifizierung der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Der Aktionsplan stellt auch für die psychosoziale Betreuung in den Kommunen, für mehr Sicherheit und für schnellere Abläufe in Justiz in Verwaltung Geld und Stellen bereit.

Wohnen und Arbeiten

Wir stocken die Wohnungsbauprogramme so auf, dass bis 2019 rund 10.000 Wohnungen für 30.000 Menschen entstehen können. Damit helfen wir nicht nur Flüchtlingen. Wir legen neue Landesprogramme zur Berufsorientierung und Integration in den





Arbeitsmarkt auf und sorgen dafür, dass Abschlüsse und Qualifikationen schneller anerkannt werden.

i INZAHLEN

für Integration und
Zusammenhalt



1 Mrd €



Daran arbeiten wir: Integrationskultur weiter verbessern

Die Aufgabe, eine so große Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen, wird uns noch lange begleiten. Nach der Unterbringung und Versorgung wird es um die Integration in unsere Gesellschaft gehen. Für diese gewaltige Aufgabe kann Politik die Rahmenbedingungen legen – das haben wir mit dem Aktionsplan getan, und wir werden auch in Zukunft daran arbeiten, dass die Politik Antworten auf die Herausforderung findet. Dabei muss Politik im Einklang mit der Zivilgesellschaft handeln. Die Landesregierung hat deshalb einen Asylkonvent einberufen, bei dem kommunale Verbände, Ehrenamtliche, Kirchen, Politik und Verwaltung gemeinsam diskutieren, wie wir die Integrationskultur weiter entwickeln können.





Zurück
zum
Inhalt

AKTIV FÜR AKZEPTANZ & VIELFALT





Gemeinsam wollen wir die Bedingungen für eine von Vielfalt und Respekt geprägte Gesellschaft verbessern. Durch eine Vielzahl von Entscheidungen hat die Landesregierung den Schutz von Minderheiten, das aktive Eintreten gegen Benachteiligungen und die Willkommenskultur gestärkt.

Engagiert gegen Benachteiligung

Eine wichtige Neuerung ist die Einrichtung der Antidiskriminierungsstelle des Landes. Sie ist die zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für von Diskriminierung Betroffene und gewährt unbürokratische und schnelle Hilfe. Sie richtet Fachtagungen aus und erarbeitet gemeinsam mit den LSBTTI-Organisationen (Organisationen für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle) den Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt. Zur Verbesserung der Akzeptanz von Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten fördert die Landesregierung entsprechende Projekte mit jährlich 200.000 Euro. Dazu gehören beispielsweise Workshops für Vielfalt und Akzeptanz an den Schulen der Initiative SchLAu Hessen (Schwul Lesbisch Bi Trans* Aufklärung).

Koalition gegen Diskriminierung

Mit dem Beitritt zur Koalition gegen Diskriminierung hat sich Hessen verpflichtet, von Diskriminierung betroffene Menschen konkret zu unterstützen. Damit setzt sie ein deutliches Signal, dass sie Benachteiligungen, sei es aus ethnischen oder rassistischen Gründen, aufgrund des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität, nicht hinzunehmen bereit ist.



Mit dem GRÜNEN Jo Dreiseitel hat Hessen einen Staatssekretär, der auf Regierungsebene als Bevollmächtigter für die Themen Integration und Antidiskriminierung zuständig ist. Unter seiner Leitung koordinieren die Staatssekretäre aller Ministerien in einem speziellen Kabinettsausschuss die Integrationsmaßnahmen, weil Integration eine Querschnittsaufgabe ist und in allen Bereichen stattfindet. Die Landesregierung hat eine Vereinbarung mit dem Landesverband der Sinti und Roma unterzeichnet und so die Grundlage dafür gelegt, diese Minderheit bei der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft zu unterstützen.

Die gute Flüchtlingspolitik wäre ohne die vielen Ehrenamtlichen undenkbar. Zahlreiche Initiativen arbeiten an gelungener Integration.

Um die Bürgerinnen und Bürger zu würdigen, die sich ehrenamtlich für die Integration von Flüchtlingen einsetzen, wurde der Integrationspreis 2015 zum Thema „Integration und Flüchtlinge“ ausgeschrieben. 130

Initiativen bewarben sich, so viele wie noch nie. Fünf Projekte wurden ausgezeichnet.

Landesprogramm WIR

Wir stärken die Willkommens- und Anerkennungskultur mit dem Landesprogramm WIR. Bereits zu Beginn der Legislaturperiode hat die Landesregierung dafür gut drei Millionen Euro zur Verfügung gestellt. In den Kommunen wird bereits großartige Integrations- und Flüchtlingsarbeit geleistet. Das WIR-Programm unterstützt bestehende Angebote und fördert die Integration vor





Ort. Um die verschiedenen Akteure miteinander zu vernetzen, haben 32 Landkreise, kreisfreie Städte und Sonderstatusstädte WIR-Koordinatorinnen und -Koordinatoren beschäftigt. Neben den Koordinationsstellen werden mit den WIR-Mitteln auch konkrete Projekte zur interkulturellen Öffnung, niedrigschwellige Sprachangebote sowie innovative Integrationsprojekte gefördert.

i IN ZAHLEN



Daran arbeiten wir: Rehabilitierung der „175er“

Im Jahr 1994 wurde der Paragraph 175 – der sogenannte Schwulenparagraph – endlich aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. Seitdem stehen einvernehmliche sexuelle Handlungen zwischen erwachsenen Männern nicht mehr unter Strafe. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass der Landtag sich bei den Opfern dieses Unrechtsparagraphen entschuldigt und ihre Schicksale wissenschaftlich aufarbeiten lässt. Jetzt sorgen wir dafür, dass diese einstimmig gefassten Landtagsbeschlüsse endlich umgesetzt werden. Dafür stehen 100.000 Euro zur Verfügung.





Zurück
zum
Inhalt

MEHR BEZAHLBARE
WOHNUNGEN 



Bezahlbarer Wohnraum ist kein Luxus, sondern eine Frage der Gerechtigkeit. Gerade in Ballungsgebieten gibt es aber einen Mangel an erschwinglichen Wohnungen – nicht nur für Menschen mit geringem, sondern auch mit mittlerem Einkommen. Um mehr bezahlbare Wohnungen zu schaffen, haben wir das Wohnraumfördergesetz so geändert, dass sozialer Wohnraum besser gefördert wird. Der Wohnungsbau wird auf Landes- und auf kommunaler Ebene mit bis zu einer Milliarde Euro gefördert. Unsere GRÜNE Wohnungsbauministerin Priska Hinz rechnet damit, dass bis 2019 damit zusätzlich mindestens insgesamt 10.000 neue Wohnungen für 30.000 Menschen gebaut werden können.

In einem breiten politischen Konsens wurde zudem beschlossen, der Nassauischen Heimstätte zusätzliche 50 Millionen Euro an Eigenkapital zur Verfügung zu stellen, so dass diese ihre Anstrengungen im Wohnungsbau noch weiter intensivieren kann und damit weitere bezahlbare Wohnungen geschaffen werden können.

Änderung des Wohnraumfördergesetzes

Wir haben eine Novelle des Wohnraumfördergesetzes erarbeitet, die seit Anfang 2015 gilt. Darin wird der Bau von Mietwohnungen künftig als gleichrangiges Förderziel neben die Eigenheimförderung gestellt, die bisher Vorrang hatte. Damit können wir flexibler auf den jeweiligen Bedarf eingehen. Eine Unterstützung ist vor allem dort nötig, wo es zu wenig bezahlbaren Wohnraum für alle Haushalte gibt wie im Rhein-Main-Gebiet. Weil es aber vor allem in Ballungsgebieten nicht nur für Einkommensschwache schwierig ist, noch bezahlbaren Wohnraum zu finden, haben wir die Förderung um ein Mittelstandsprogramm erweitert. Damit kann Wohnungsbau für Menschen gefördert werden, die zu



viel verdienen, um eine Sozialwohnung beziehen zu können, aber zu wenig, um sich die teuren Mieten in Ballungsräumen leisten zu können. Die Förderung kommt vor allem Familien mit Kindern zu Gute.

Neu ist auch die stärkere Förderung von Wohnungen für Studierende. Die sind in den meisten Universitätsstädten knapp, vor allem für Einkommensschwache. Mit der Gesetzesänderung hat sich die soziale Wohnraumförderung für Studierende verbessert. 2015 hat das Land etwa zwölf Millionen Euro an Zuschüssen und 16 Millionen Euro an zinsgünstigen Darlehen für den Bau studentischen Wohnraums bereitgestellt. Dadurch entstehen etwa 1100 neue Wohnungen an den Hochschulstandorten. Auch für 2016 und die kommenden Jahre hat die Landesregierung Fördermittel für den Wohnungsbau für Studierende eingeplant.

Bezahlbare Mieten

Mit der Kappungsgrenze haben wir dafür gesorgt, dass Vermieter die Bestandsmieten (also während eines Mietverhältnisses) innerhalb von drei Jahren nur noch um maximal 15 statt wie bisher 20 Prozent bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete erhöhen dürfen. Dies gilt dort, wo die Lage am Wohnungsmarkt angespannt ist – derzeit in 29 Kommunen in Hessen.

Auch die Mietpreisbremse bei der Wiedervermietung haben wir für 16 betroffene hessische Gemeinden und kreisfreie Städte eingeführt, denn gerade bei den neu vermieteten Wohnungen gibt es derzeit besonders große Aufschläge auf die Mieten. Hier





dürfen künftig die Mietpreise bei Neuvermietung nur noch maximal zehn Prozent über der örtlichen Vergleichsmiete liegen.

i IN ZAHLEN

+10.000



Wohnungen



12 Mio €
für
studentischen
Wohnraum

max. +15%



Mietpreis-
bremse

Daran arbeiten wir: Mehr Sozialwohnungen in den Kommunen

Als weiterer Erfolg für den sozialen Wohnungsbau haben wir die Fehlbelegungsabgabe wieder eingeführt. Diese Abgabe regelt, dass Mieterinnen und Mieter einer Sozialwohnung, die beim Einzug Anspruch auf eine solche Wohnung hatten, jetzt aber deutlich mehr verdienen, zusätzlich zur Miete eine Abgabe an die Gemeinde zahlen – in Stufen und höchstens bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete. Niemand muss deshalb seine Wohnung verlassen: Erst wer mindestens 20 Prozent über der Grenze zur Berechtigung auf eine Sozialwohnung liegt, muss die Abgabe zahlen. Damit werden die Kommunen in die Lage versetzt, sich noch stärker im sozialen Wohnungsbau zu engagieren: Sie erhalten dadurch zusätzliche Einnahmen, die zweckgebunden für den sozialen Wohnungsbau verwendet werden müssen.





Zurück
zum
Inhalt



**GLEICHE CHANCEN
FÜR FRAUEN
UND MÄNNER** ♀



Wir wollen, dass die öffentliche Verwaltung bei der Gleichberechtigung von Frauen und Männern mit gutem Beispiel vorangeht. Wir haben deshalb ein Gleichberechtigungsgesetz erarbeitet, das Männern und Frauen helfen soll, Familienaufgaben und Karriere unter einen Hut zu bekommen, das mehr Frauen in Führungspositionen bringen soll und die Rechte der Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten stärkt. Das Gesetz wurde im Dezember 2015 vom Landtag beschlossen. Die öffentliche Verwaltung soll gerechter, weiblicher und familienfreundlicher werden – und damit auch ein Vorbild für Unternehmen in ganz Hessen sein.

Mehr Chefinnen für Hessen

Gut die Hälfte der Beschäftigten in der hessischen Landesverwaltung sind Frauen. Je höher man aber auf die Führungsebenen geht, desto geringer ist ihr Anteil. Wir GRÜNE wollen das ändern. Das neue Gleichberechtigungsgesetz verpflichtet alle Dienststellen – also die Landesregierung und alle ihr unterstellten Behörden und Betriebe –, moderne Instrumente der Personalführung anzuwenden. Das soll eine geschlechtergerechte Besetzung von Stellen sichern.

Zu diesen Instrumenten gehört es zum Beispiel, Führungspositionen in Teilzeit zu ermöglichen, Fortbildungen für Frauen anzubieten, Personalkosten geschlechtergerecht zu budgetieren und eine Führungskultur zu schaffen, die die Chancengleichheit berücksichtigt. Frauen werden außerdem bei gleicher Qualifikation bei der Besetzung von freien Führungspositionen bevorzugt, solange sie in der jeweiligen Hierarchieebene unterrepräsentiert sind.



Mehr Möglichkeiten für Menschen mit Familie

Niemand soll im Berufsleben benachteiligt sein, weil er oder sie sich um Kinder oder die Pflege von Angehörigen kümmert. In der öffentlichen Verwaltung sollen flexible Arbeitsmodelle wie Teilzeit oder Home Office die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützen. Damit Karrierewege allen offen stehen, sollen bei der fachlichen Beurteilung künftig auch die privaten Erfahrungen bei der Betreuung von Kindern oder Pflege von Eltern einbezogen werden können. Außerdem wird die Teilnahme an Fortbil-

.....

Wer für die Familie eine Auszeit vom Job nimmt, soll durch gezielte Förderprogramme leichter wieder einsteigen können.

.....

dungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Familie erleichtert. Wer für die Familie eine Auszeit vom Job nimmt, soll durch gezielte Förderprogramme leichter wieder einsteigen können.

Klagerecht für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte

In der öffentlichen Verwaltung wachen die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten darüber, dass die festgelegten Regeln auch tatsächlich eingehalten werden. Mit dem neuen Gesetz stärken wir sie deutlich. Sie haben das Recht, frühzeitig an allen Entscheidungen beteiligt zu werden, die die Gleichstellung von Frauen und Männern betreffen. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn Frauenförder- und Gleichstellungspläne aufgestellt oder Stellen ausgeschrieben werden. Auch an Auswahlverfahren für





Stellenbesetzungen und an Schritten zum Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz sollen sie mitwirken. Wenn das nicht geschieht, können die Beauftragen jetzt mit dem neuen Organklagerecht diese Rechte auch einklagen, wenn es nicht mehr anders geht.

i INZAHLEN



Daran arbeiten wir:

Gleichberechtigungsgesetz mit Leben füllen

Ein Gesetz allein verändert noch nicht die Realität. Aber das neue Gleichberechtigungsgesetz legt eine sehr gute Grundlage für gleiche Chancen für Frauen und Männer. Damit es wirken kann, sind die Dienststellen der öffentlichen Verwaltung gefordert. Wir werden darauf achten, dass sie die Regeln mit Leben erfüllen und die Möglichkeiten ausnutzen, die das Gesetz ihnen bietet.





Zurück
zum
Inhalt

**FRIEDLICHE
DEMOKULTUR
GESTÄRKT** 



Freie Meinungsäußerung und friedlicher Protest sind Grundpfeiler der Demokratie. Wir GRÜNE haben eine langjährige Verbundenheit zu friedlichen Demonstrationen: DIE GRÜNEN haben ihre Wurzeln unter anderem in den Anti-Atomkraft-Protesten und der Friedensbewegung der Bundesrepublik, und viele Bürgerrechtler aus der früheren DDR haben sich nach der Wiedervereinigung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angeschlossen.

In Regierungsverantwortung wollen wir daher darauf hinwirken, dass die Polizei friedlichen Protest ermöglicht und Demonstrationen schützt.

Kennzeichnungspflicht für Polizisten

Wir GRÜNE halten es für elementar, dass Bürgerinnen und Bürger dem Rechtsstaat vertrauen. Dazu gehört, dass die Polizei ihnen offen gegenübertritt. Jede hoheitliche Handlung muss überprüfbar sein. Bei Einsätzen wie Demonstrationen passiert es immer wieder, dass Bürgerinnen und Bürger geltend machen, ihre Rechte seien missachtet worden. Mit der im Dezember 2014 eingeführten Kennzeichnungspflicht stellen wir nun sicher, dass solche Beanstandungen rechtssicher überprüft werden können. Anhand der Nummer auf der Uniform kann nun eindeutig ermittelt werden, gegen wen sich eine Beschwerde richtet.

An die Stelle von Anonymität tritt Transparenz, Rechtsunsicherheit weicht Rechtssicherheit. Die Kennzeichnungspflicht stärkt damit das Vertrauen der Bürger in die Polizei und kann dadurch gerade bei so genannten Großlagen – also zum Beispiel Demonstrationen – deeskalierend wirken. Zum Schutz der Beamten vor Nachstellungen und Bedrohungen haben wir sichergestellt, dass



nur die Polizeiverwaltung die vergebenen ID-Nummern konkreten Personen zuordnen kann. Die Umsetzung der Regelung wurde mit dem Hessischen Datenschutzbeauftragten abgestimmt.

Deeskalation und Dialog

Wir wollen eine friedliche Demonstrationskultur durch Dialogangebote und Deeskalationsmaßnahmen schützen. Es gibt viele Möglichkeiten, schon vor Demonstrationen auf einen friedlichen Ablauf hinzuwirken. So trainieren hessische Beamte inzwischen systematisch, wie sie bei Demonstrationen Situationen entschärfen, Provokationen ausweichen und trotzdem Recht und Gesetz durchsetzen können.

Zudem versucht die Polizei schon im Vorfeld einer Großdemonstration, mit den Anmeldern in einen Dialog zu treten. Ein Vorbereitungsstab unter Führung erfahrener Beamter möchte dabei über die Regeln eines friedlichen Protests informieren, um gefährliche Situationen schon in der Vorbereitung zu vermeiden. Für den Erfolg aller Bemühungen ist es entscheidend, dass die Demonstrierenden die Angebote auch annehmen und sich umfassend mit Polizei und Ordnungsbehörden abstimmen. Denn Deeskalation funktioniert nicht einseitig.

Kommunikation über soziale Netze

Das Schlüsselwort für eine friedliche Demonstrationskultur heißt Kommunikation. Die Polizei hat ihre Strategie hier angepasst und unterbreitet vermehrt Dialogangebote. Bei Großlagen sind an ihren leuchtenden Westen erkennbare Kommunikatoren als





Ansprechpartner im Einsatz. Und auch online setzt die Polizei auf Dialog: Über die sozialen Netze kann sie schnell und bürgernah kommunizieren. So kann sie bei Demonstrationen nicht nur über Lautsprecherdurchsagen, sondern auch über Kanäle wie Twitter und Facebook gut erklären, was gerade aus welchen Gründen passiert. Das kann verhindern, dass falsche Gerüchte Panik verursachen.

i INZAHLEN

HE 1234



Kennzeichnungspflicht

3-Klang

DIALOG

TRANSPARENZ

RECHTSSICHERHEIT

für eine neue Polizei-Philosophie

Daran arbeiten wir:

Neue Polizei-Philosophie etablieren

Unser Ziel ist, die neue Einsatzphilosophie der Polizei mit dem Dreiklang Dialog, Transparenz und Rechtssicherheit langfristig zu etablieren. Wir werden den eingeschlagenen Weg weitergehen und den angeschobenen Mentalitätswechsel vorantreiben.





Zurück
zum
Inhalt

TRANSPARENTES REGIEREN





Wir wollen, dass Regierung und Verwaltung transparent und nachvollziehbar handeln und viele Akteure sich daran beteiligen können. Ein wichtiger Beitrag dazu ist der Beschluss der Landesregierung, die Nebeneinkünfte ihrer Mitglieder zu veröffentlichen und eine Karenzzeit für den Übergang in die Privatwirtschaft einzuführen. Zudem setzt die Landesregierung bei vielen Themen auf den Dialog: Wir wollen nicht mit Mehrheit durchregieren, sondern im Gespräch mit vielen Beteiligten die besten Lösungen finden.

Nebeneinkünfte offen gelegt

Auf Initiative der GRÜNEN hat der Landtag im Jahr 2013 die Regelungen des Bundestages für die Angabe von Nebentätigkeiten und -einkünften von Abgeordneten auf Hessen übertragen. Im Juli 2015 hat die Landesregierung beschlossen, dass auch Ministerinnen, Minister, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre künftig veröffentlichen müssen, welche Nebeneinkünfte sie erzielen. Diese Veröffentlichungspflicht soll mehr Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger schaffen und offen legen, wo die Regierungsmitglieder neben ihrer Arbeit für die Landesregierung tätig sind. Wenn die Regierungsmitglieder mehr als 6.135,50 Euro im Jahr für ihre Nebentätigkeiten verdienen, müssen sie den Überschuss an die Landeskasse abführen.

Wenn Ministerinnen, Minister, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre in die Privatwirtschaft wechseln wollen, müssen sie künftig – abhängig von der neuen Aufgabe – eine Karenzzeit einhalten. Falls ein Interessenkonflikt festgestellt wird, kann die neue Tätigkeit auch untersagt werden. Die Neuregelung soll dem Verdacht begegnen, dass Regierungsmitglieder schon während



ihrer Tätigkeit in der Regierung die Interessen eines künftigen neuen Arbeitgebers in den Blick nehmen.

Politik im Dialog

Wir haben uns zu Beginn der Regierungszeit vorgenommen, in wichtigen Feldern wie etwa der Bildungspolitik nicht einfach unseren mit der CDU vereinbarten Koalitionsvertrag durchzusetzen, sondern erst einmal zuzuhören und Anregungen von Beteiligten und auch von anderen Parteien aufzunehmen. Der Bildungsgipfel zum Beispiel hat zahlreiche Anregungen ergeben, die den Schulen und vor allem den Schülerinnen und Schülern in Hessen nutzen.

Wir wollen eine zeitgemäße hessische Verfassung mit mehr Bürgerbeteiligung in Volksbegehren und Volksentscheidungen.

Auch der Runde Tisch Kinderbetreuung hat große Fortschritte in der Umsetzung des Kinderförderungsgesetzes erbracht. Und im Landwirtschafts- und Umweltbereich arbeitet der Runde

Tisch Tierwohl von Anfang an unter Beteiligung von Landwirtinnen und Landwirte, Veterinären, Tierschützern und Behörden an Schritten für eine artgerechtere Tierhaltung. Außerdem konnte unter breiter Beteiligung von Vertretern der Bio-Landwirtschaft und der konventionellen Landwirtschaft ein Zukunftspakt erarbeitet werden, der unter anderem Maßnahmen zur Stärkung des Ökolandbaus, einer gentechnikfreien Landwirtschaft sowie regionaler Vermarktung umfasst.





Verfassungskonvent

Auch die Reform der Landesverfassung wollen wir im Gespräch mit zahlreichen gesellschaftlichen Akteuren angehen. Wir finden, dass wir eine zeitgemäße Verfassung brauchen, in der Regelungen wie die Todesstrafe gestrichen, andere Bereiche überarbeitet und neue Regeln aufgenommen werden – zum Beispiel für mehr Bürgerbeteiligung in Volksbegehren und Volksentscheiden. Wir haben deshalb fraktionsübergreifend beschlossen, einen Verfassungskonvent einzuberufen und dabei mit den Bürgerinnen und Bürgern in einen breiten Dialog über eine moderne Verfassung einzutreten.



IN ZAHLEN

100%



Nebeneinkünfte
offengelegt

2.0



Verfassungsreform
eingeleitet

Daran arbeiten wir: Informationsfreiheitsgesetz

Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht zu erfahren, was Behörden tun. Wir arbeiten daran, gesetzlich zu regeln, dass sie auf ihre Fragen Antworten bekommen. Andere Länder und der Bund haben Erfahrungen mit Informationsfreiheitsgesetzen gesammelt. Diese werden derzeit ausgewertet. Wir wollen Erprobtes zur Grundlage einer hessischen Regelung machen und Fehler vermeiden.





Zurück
zum
Inhalt

NACHHALTIG HAUSHALTEN





Dass wir nicht auf Kosten späterer Generationen wirtschaften dürfen, ist schon immer eine Grundüberzeugung der GRÜNEN. Dazu gehört, dass wir unseren Kindern und Enkeln keinen Atom-müll und keine zerstörte Umwelt hinterlassen wollen. Dazu gehört aber auch, dass wir ihnen nicht die Schulden und Zinsleistungen für unsere Ausgaben aufbürden können.

Die Beratungen zum Haushalt 2016 waren ungewöhnlich intensiv. Wir GRÜNE konnten zahlreiche Schwerpunkte setzen, die uns wichtig sind. Um die Flüchtlingspolitik auf eine möglichst breite Basis zu stellen, haben wir das Angebot der SPD aufgegriffen und einige Haushaltsanträge mit ihr gemeinsam eingebracht.

Aktionsplan Integration

Wir haben einen „Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ im Haushalt 2016 verankert. Er enthält auch die Erhöhung der Pauschalen für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge, auf die sich Land und Kommunen geeinigt haben. Dafür stellt das Land 110 Millionen Euro zusätzlich bereit. Zudem erhalten die Kommunen weitere 100 Millionen Euro als Nachzahlung für bereits erbrachte Leistungen. Mit dem Aktionsplan steigen die Ausgaben für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen insgesamt auf fast 1,3 Milliarden Euro. Unter anderem schaffen wir 600 zusätzliche Stellen für die Arbeit in den Erstaufnahmeeinrichtungen und stärken ehrenamtliche Strukturen.

Kindern eine Zukunft geben

Bereits im Etatentwurf hatten wir einen deutlichen Ausbau der Deutschförderung vorgesehen. Die Entwicklung der Flüchtlings-



zahlen hat uns veranlasst, darüber hinaus über 800 weitere Lehrerstellen zu schaffen. Zusammen mit den bereits umgesetzten rund 1.000 Stellenzuweisungen für das Ganztagsschulprogramm, die Lehrerzuweisung nach Sozialindex, Inklusion und Deutschförderung stehen damit insgesamt circa 1.800 Lehrerstellen für mehr Chancengerechtigkeit zur Verfügung.

Schwerpunkte Gerechtigkeit, Bildung und Ökologie

Im Etat des Sozialministeriums schreiben wir das von den GRÜNEN lange geforderte Sozialbudget fort. Wir haben es bereits 2015 aufgestockt und schützen jetzt freiwillige Leistungen des Landes von mehr als 70 Millionen Euro im Jahr über die gesamte Legislaturperiode hinweg vor Kürzungen – das gibt Initiativen vor Ort wie zum Beispiel Frauenhäusern, Suchthilfe oder Schuldnerberatungsstellen eine sichere Basis für ihre wertvolle Arbeit.

2016 fließen mehr als zwei Milliarden Euro in die hessischen Hochschulen. Hessen ist das einzige Bundesland, das die Empfehlungen des Wissenschaftsrates umsetzt und die bereits erhöhte Grundfinanzierung der Hochschulen jährlich um ein Prozent oberhalb des Inflationsausgleichs erhöht.

Die Aufwendungen für die Energiewende wachsen auf 35,7 Millionen Euro an. Damit unterstützt das Energieministerium von Tarek Al-Wazir unter anderem Kommunen bei der Umrüstung auf stromsparende LED-Straßenbeleuchtung und fördert die energetische Sanierung von Mietshäusern.





Die GRÜNE Landwirtschaftsministerin Priska Hinz kann mit den Haushaltsmitteln den Ökoaktionsplan fortführen, der die ökologische Landwirtschaft sichert und konventionell wirtschaftenden Bauern neue Anreize zum Umstieg anbietet. Auch stellen wir 2016 zusätzliche Mittel für eine natürliche Waldentwicklung bereit, damit wir acht Prozent des Hessischen Staatswaldes aus der Bewirtschaftung nehmen können – ein wichtiger Schritt für mehr Artenvielfalt in Hessen.

i IN ZAHLEN

-92 Mio €

Neuverschuldung
gesenkt



70 Mio €

Sozialbudget für
mehr Gerechtigkeit

Daran arbeiten wir: Einhaltung der Schuldenbremse

Trotz der großen Anstrengungen, die den aktuellen Herausforderungen gelten, bleiben wir dabei: Wir wollen die Schuldenbremse einhalten – das Wirtschaften zu Lasten kommender Generationen kann so nicht weitergehen. Wir haben es trotz der großen Herausforderungen geschafft, dass die Nettokreditaufnahme im Vergleich zum Haushaltsplan 2015 um knapp 100 Millionen auf rund 640 Millionen Euro sinkt. Auch weiterhin wollen wir am Schuldenabbaupfad festhalten.





WER MACHT WAS?



TAREK AL-WAZIR

Stellvertretender Ministerpräsident
Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr
und Landesentwicklung

Ansprechpartner für die Stadt Offenbach

Tel.: 0611 / 350 580

E-Mail: t.al-wazir@ltg.hessen.de



MARCUS BOCKLET

Sozialpolitischer Sprecher - Integration, Flüchtlinge, Arbeit, Armutsbekämpfung, Kinder, Jugend, Familie, Gesundheit und Ausbildung

Ansprechpartner für die Kreise Darmstadt-Dieburg und Main-Kinzig

Tel.: 0611 / 350 633

E-Mail: m.bocklet@ltg.hessen.de



ANGELA DORN

Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Ansprechpartnerin für die Kreise Marburg-Biedenkopf und Lahn-Dill

Tel.: 0611 / 350 634

E-Mail: a.dorn@ltg.hessen.de



SIGRID ERFURTH

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Finanzen, Schutz der Werra, De-
mografie, Frauen, Gleichstellung, Senioren und
Behinderte

Ansprechpartnerin für die Kreise Hersfeld-
Rotenburg und Werra-Meißner

Tel.: 0611 / 350 743

E-Mail: s.erfurth@ltg.hessen.de



MARTINA FELDMAYER

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Landwirtschaft, Wald, Gentechnik,
Verbraucherschutz, Wohnungspolitik und Kultur

Ansprechpartnerin für die Stadt Frankfurt
und die Kreise Odenwald und Wetterau

Tel.: 0611 / 350 748

E-Mail: m.feldmayer@ltg.hessen.de



JÜRGEN FRÖMMRICH

Sprecher für Innen-, Medien-, und Netzpolitik,
Datenschutz, Verwaltungsreform und Sport

Ansprechpartner für die Kreise Hochtaunus
und Waldeck-Frankenberg

Tel.: 0611 / 350 632

E-Mail: j.froemmrich@ltg.hessen.de



EVA GOLDBACH

Sprecherin für Kommunales, ländlichen Raum
und Petitionen

Ansprechpartnerin für die Kreise Gießen
und Vogelsberg

Tel.: 0611 / 350 744

E-Mail: e.goldbach@ltg.hessen.de



Zurück
zum
Inhalt

Die Fraktion kurz vorgestellt



URSULA HAMMANN

Vizepräsidentin des Hessischen Landtages
Sprecherin für Europa, Natur- und Tierschutz
Ansprechpartnerin für die Kreise Groß-Gerau
und Bergstrasse
Tel.: 0611 / 350 202
E-Mail: u.hammann@ltg.hessen.de



FRANK KAUFMANN

Sprecher für Haushalt, Flughafen Frankfurt,
Landesentwicklung und Regionalplanung
Ansprechpartner für die Kreise Main-Taunus
und Offenbach
Tel.: 0611 / 350 747
E-Mail: fp.kaufmann@ltg.hessen.de



KAI KLOSE

Sprecher für Wirtschafts-, Lesben-
und Schwulenpolitik
Ansprechpartner für die Stadt Darmstadt
und den Rheingau-Taunus-Kreis
Tel.: 0611 / 350 673
E-Mail: k.klose@ltg.hessen.de



DANIEL MAY

Sprecher für Wissenschaft, Hochschulen,
Weiterbildung und Forschung
Ansprechpartner für den Kreis Schwalm-Eder
Tel.: 0611 / 350 794
E-Mail: d.may@ltg.hessen.de



KARIN MÜLLER

Sprecherin für Recht, Verkehr und Mobilität

Ansprechpartnerin für die Stadt
und den Landkreis Kassel

Tel.: 0611 / 350 745

E-Mail: karin.mueller@ltg.hessen.de



MATHIAS WAGNER

Fraktionsvorsitzender

Sprecher für Bildung

Ansprechpartner für die Stadt Wiesbaden
und den Kreis Limburg-Weilburg

Tel.: 0611 / 350 746

E-Mail: m.wagner@ltg.hessen.de

IM NETZ



GRUENE-HESSEN.DE



FACEBOOK.COM/GRUENEHESSSEN



TWITTER.COM/GRUENEHESSSEN



YOUTUBE.COM/HESSENGRUEN



FLICKR.COM/GRUENE-HESSEN



Zurück
zum
Inhalt

IMPRESSUM

Herausgeberin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

V.i.S.d.P.

Angela Dorn, Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion, Layout und Gestaltung

Till Haupt, Volker Schmidt, Sebastian Wanner

Bildnachweise

Bilder aus der Datenbank von fotolia.com:

S. 4-5: monticello; S. 8-9: Smileus; S. 12-13: Konstantyn;
S. 16-17: Erwin Wodicka; S. 20-21: davizro photography;
S. 24-25: Africa Studio; S. 28-29: WavebreakmediaMicro; S. 32-33: Halfpoint;
S. 36-37: matusciac; S. 40-41: Henner Damke; S. 44-45: tycoon101;
S. 48-49: pure-life-pictures; S. 52-53: christian42; S. 56-57: Africa Studio;
S. 60-61: Thaut Images; S. 64-65: Pakhnyushchy; S. 68-69: Monkey Business;
S. 72-73: katyspichal; S. 80-81: Jrgen Flchle; S. 84-85: BillionPhotos.com.

Sonstige Bilder:

Titel, S. 76-77 und grafische Gestaltung auf allen Inhaltsseiten: Till Haupt,;





**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAGSFRAKTION HESSEN

GRUENE-HESSEN.DE